



DFG-VK-Arbeit in Pandemie-Zeiten



Keine Killer-Drohnen für die Bundeswehr!

Kriegsrhetorik in Zeiten der Corona-Krise

(Kein) „Burgfrieden“ in der Pandemie

Aus dem Innenleben der WRI

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65 29 62 46
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görgen
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Die *ZivilCourage* abonnieren unter www.dfg-vk.de/zc

Das DFG-VK-Spendenkonto:
IBAN DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC BFSWDE33XXX

Liebe Leserin, lieber Leser, natürlich ist auch die DFG-VK von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die letzte Sitzung des Bundesausschusses, des höchsten Verbandsorgans zwischen den Bundeskongressen, die für Ende März geplant war, musste ausfallen. Die nächste Sitzung Anfang Juli wird erstmals digital per Videokonferenz stattfinden.



Foto: privat

Und auch bei fast allen Artikeln in dieser Ausgabe spielt „Corona“ eine Rolle. Das Titelthema „DFG-VK-Arbeit in Pandemie-Zeiten“ sammelt Stimmen quer aus unserer Organisation – als Beginn einer nötigen Diskussion. Denn „Corona“ hat das Leben von uns allen verändert. Und auch, wenn die meisten Einschränkungen nach und nach gelockert werden, weiß noch niemand, wie lange das Virus uns beschäftigt wird.

Dass ein solches Ereignis mit weltweit Millionen Infizierten und Hunderttausenden Toten tiefe Verunsicherung schafft, ist eigentlich klar. Leider bietet diese viel Raum für „Rattenfänger“, Verschwörungsgläubige und Krisengewinnler. Plötzlich entdecken Leute, die sich dafür jahrzehntelang nicht interessiert haben, die Grundrechte und veranstalten dafür Demonstrationen, bei denen Rassisten, Nazis und Aluhutträger gegen eine angebliche Merkel-Diktatur fröhlich mitmachen.

Es gibt kein Menschenrecht auf Urlaub, aber z.B. das Recht auf ordentliche Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen sowie die

angemessene Bezahlung für die im Gesundheitssystem Beschäftigten. Die Ausgaben für den „wahnwitzigen Rüstungswettlauf“, die der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich zu Recht in Frage stellt, sind eines unserer Grundprobleme, die wir lösen müssen.

Dass neben virtuellen auch reale Demonstrationen für richtige Ziele möglich sind, haben die DFG-VK-Freunde aus Schleswig-Holstein in den letzten Wochen mehrfach bewiesen, z.B. mit einer Demo nach Jagel. Nehmen wir uns ein Beispiel daran.

Übrigens: Eine Möglichkeit, unser großes Ziel „Frieden schaffen ohne Waffen“ in die Öffentlichkeit zu tragen, ist die Verwendung der neuen DFG-VK-Mund-Nasen-Bedeckung. Natürlich ist jede Gesichtsmaske störend. Wenn ein solcher Schutz aber beim Einkaufen oder in Bus und Bahn ohnehin verpflichtend ist, warum dann nicht die DFG-VK-Maske? Quasi die tägliche Klein-Demo für den Frieden. Für 8 Euro erhältlich im DFG-VK-Shop (shop.dfg-vk.de).

Viele Grüße und bleibt gesund!

P.S. Leider wurde ein fest zugesagter Artikel nicht geliefert, weshalb im letzten Augenblick die Heftstruktur geändert werden musste. Der fertige Beitrag „Krankenhäuser statt Bundeswehr“ über Adbusting-Aktionen in Berlin kann deshalb nicht im gedruckten Heft erscheinen. In der Online-Version unter www.dfg-vk.de/verbandszeitung ist er aber enthalten.



„Abstands-Demonstration“ der DFG-VK zum Bundeswehr-Fliegerhorst in Jagel am 1. Mai

Keine Killer-Drohnen für die Bundeswehr!

Von Elsa Rassbach



Foto: Kron-Gardi

Wie Polizeien setzten westliche Armeen Aufklärungsdrohnen ein, um in ärmeren Gegenden „Verdächtige“ zu verfolgen: Um so schlimmer, wenn die Drohnen schießen können. Deutschland hat noch keine Killer-Drohnen im Arsenal. Union, FDP und AfD wollen dies bald ändern.

2017 und 2018 hatte die SPD ihre Zustimmung zur Bewaffnung von Drohnen wegen der Nichterfüllung einer Bedingung in den Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 verweigert: Eine Bundestagsentscheidung zur Bewaffnung darf erst nach „ausführlicher ethischer und rechtlicher Würdigung“ stattfinden.

Am 11. Mai kam der Vorstoß: *#DrohnenDebatte2020*, eine zweiwöchige, hauseigene Veranstaltungsreihe des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) mit Livestream, Live-Chat und für kritische Kommentare offene Twitter- und Facebook-Kanäle. Das BMVg will dokumentieren, dass die von der SPD geforderte „breite gesellschaftliche Debatte“ trotz der Coronakrise stattfindet.

Seit Anfang 2019 trainieren Bundeswehrsoldat*innen aus Jagel auf der Tel-Nof-Airbase in Israel mit mehreren geleasteten bewaffnungsfähigen Heron-TP-Drohnen, wozu die SPD 2018 zugestimmt hatte – nur für Aufklärungszwecke. Nun argumentiert das BMVg, dass die Bewaffnung für die Heron TP zum Schutz der Soldat*innen „im Feld“ dringend benötigt wird. Es gab jedoch seit 2013 keine toten Soldat*innen mehr durch Feindangriffe bei den Einsätzen in Afghanistan und Mali. Dagegen könnte der Einsatz dieser verhassten Waffe Misstrauen und Wut der einheimischen Bevölkerungen gegen die Soldaten*innen schüren und so ihr Leben gefährden.

Die Bewaffnung könnte zum Präzedenzfall werden, um neue Systeme wie die Euro-Drohne und eventuelle autonome Systeme zu bewaffnen.

In der *#DrohnenDebatte2020* hat das BMVg viele Fragen nicht ausreichend oder sachgemäß beantwortet. Und vor der Beschaffung von „bewaffnungsfertigen“ Drohnen müssen noch laut dem Koalitionsvertrag die „konzeptionellen Grundlagen“ für den Einsatz geschaffen werden. Hierzu hält sich das BMVg bedeckt.

Können jetzt beschlossene Grundlagen für den Einsatz von bewaffneten Drohnen unwiderruflich verankert werden? Stimmt die Behauptung des BMVg, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee nie, wie z.B. die USA und Israel, die Killer-Drohnen rechtswidrig einsetzen könnte? Ist es nicht vorstellbar, dass ein künftiger Bundestag einen Grund finden könnte, um Einsatzregeln für Drohnen etc. auch zu lockern?

Das BMVg will den Abgeordneten im Juni ein „Diskussionspapier“ zur Bewaffnung vorlegen. Eine Vorlage für Finanzmittel könnte bald folgen. Wegen der offenen Fragen wird es voraussichtlich nicht vor der parlamentarischen Sommerpause zur Abstimmung im Bundestag kommen.

Friedensbewegte in Ländern, wo Drohnen ohne vorhergehende öffentliche Debatte bewaffnet wurden, hoffen, dass in Deutschland die grundsätzliche Kritik standhält.

In den kommenden Monaten haben wir hierzulande eine wichtige Aufgabe: Aufklärung – laut und breit!

Elsa Rassbach ist Deutsch-Amerikanerin und seit 2008 aktiv in der DFG-VK. Sie ist zudem Drohnensprecherin von Attac Deutschland und Codepink Germany sowie Mitbegründerin der Drohnen-Kampagne (<https://drohnen-kampagne.de>). <<

Inhalt

Titel

04 DFG-VK-Arbeit in Pandemiezeiten – mit Beiträgen von Christoph Neeb, Cornelia Mannewitz, Felix Oekentorp, Laila Weiß und Adrian Villa, Ralf Buchterkirchen, Kathrin Vogler, Detlef Mielke, Joachim Schramm, DFG-VK-Landesvorstand Baden-Württemberg, Sarah Gräber, Ralf Cüppers, Ernst Rattinger, Werner Glenewinkel, David Scheuing

DFG-VK-Info

17 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Antimilitarismus

18 Nils-Holger Schomann: (Kein)

„Burgfrieden“ in der Pandemie

20 Adbusting in Berlin: „Krankenhäuser statt Bundeswehr“

22 Wolfram Wette: Kriegsrhetorik in Zeiten der Corona-Krise

24 Frank Brendle: „Seien wir dogmatisch!“

25 Stefan Philipp: „Gut gemeint“ ist das Gegenteil von gut

26 Jürgen Grässlin: Im Schatten der Corona-Pandemie

29 DFG-VK-BundessprecherInnenkreis: Ein Kurswechsel ist gefordert

29 Thomas Tews: Tolstois Antimilitarismus – damals wie heute aktuell

International

30 David Scheuing: Global betrachtet

32 Guido Grünwald: Internationale Aktivitäten in Corona-Zeiten

„History“

34 Helmut Donat: Vor 100 Jahren ermordet: Hans Paasche – Vom preußischen Offizier zum Pazifisten

19 Impressum • 36 Literatur • 37 Briefe



DFG-VK-Arbeit in Pandemie- Zeiten

„Die eigene Urteilsfähigkeit verbessern!“

Von Christoph Neeb



Wegen Covid-19 haben wir in Deutschland seit Freitag, 13. März 2020, eine schlagartige Verarmung unseres gesamten Lebens erfahren: beruflich, wirtschaftlich, gesellschaftlich, sportlich, musikalisch, schulisch, politisch. Die Welt um uns herum wurde plötzlich feindlich, verboten, öde. Ein Planet, den man aus dem Raumschiff der eigenen Wohnung nur noch für bestimmte Zwecke betreten durfte.

[...] als nun die Tore geschlossen waren merkten sie, dass sie alle [...] in der gleichen Falle saßen und dass sie sich damit abfinden mussten. So geschah es zum Beispiel, dass ein so urpersönliches Gefühl wie das der Trennung von einem geliebten Menschen plötzlich und schon in den ersten Wochen eine ganze Bevölkerung erfüllte und zusammen mit der Angst das größte Leid dieser langen Zeit der Verbannung bildete. (Albert Camus, Die Pest)

Es sind Auswirkungen, wie man sie sonst nur aus der Zeit eines Kriegsbeginns kennt. Trotzdem hat die Bundeskanzlerin vermieden, in eine Kriegsrhetorik zu verfallen. Dafür wurde sie oft gelobt, nicht zu Unrecht.

Es gibt berechtigte Kritik an den Medien und den politischen Akteur*innen, vielleicht am besten zusammengefasst von der Neuen Züricher Zeitung am 15. April: „[...] viele lassen sich nur allzu gerne von dem sich in Berlin, Brüssel und Bern ausbreitenden Staatspaternalismus auffangen. [...] Die Aufgabe vieler Freiheitsrechte ist der Preis, den die Bürger zahlen sollen für das Versagen der Experten und Regierenden, das Land auf eine solche Pandemie vorzubereiten. [...] Man stelle sich einmal das gegenteilige Szenario vor: Auf eine Pandemie vorbereitete Behörden hätten rasch gehandelt. Die Bevölkerung wäre umfassend mit Masken ausgestattet worden. Damit hätten die Bürger ein zusätzliches Instrument zur Hand gehabt, um eigenverantwortlich zu handeln und die Ansteckung von Mitbürgern zu verhindern.“

Solche Kritik ist zugleich wohlfeil. Was haben wir als Bürger*innen oder als Friedensbewegung getan, damit es besser kommt? Ich halte die Forderung, dass die Friedensbewegung eine gemeinsame Haltung zur Coronakrise entwickeln und gemeinsame Forderungen aufstellen sollte, grundsätzlich für richtig, auch im Hinblick auf die weltweiten Folgen wie Arbeitslosigkeit und Hungersnöte.

Oft gehen die aktuellen Diskussionen jedoch in eine andere Richtung.

Das beste Beispiel dafür ist die bei Youtube millionenfach geklickte Stellungnahme von Wolfgang Wodarg, einem ehemaligen Leiter eines Gesundheitsamts und früheren SPD-Bundestagsabgeordneten. Ich selbst war, als ich sein erstes Video zum Thema zum ersten Mal gesehen habe, vollkommen vorurteilsfrei. Mir war keine einzige Information zu seiner Person gegenwärtig. Doch mir war schnell klar: Er gibt die Auffassungen seiner Gegner*innen falsch wieder und ignoriert Tatsachen – Tatsachen, bei denen es um Leben und Tod geht.

Schon zu dem Zeitpunkt, als Wodarg sich vor die Kamera setzte, war klar, dass bei Covid-19 die Sterblichkeitsrate unter den Infizierten im Bereich von 0,3 bis 0,7 Prozent liegen muss. Der Bonner Virologe Hendrik Streeck hat später in Gangel/Heinsberg eine Sterblichkeitsrate von 0,37 Prozent festgestellt, was fast vier Mal so hoch ist wie bei einer schweren (!) Influenza. Jeder, der mit Sars-Cov-2 infiziert ist, steckt ohne Gegenmaßnahmen im Schnitt etwas mehr als zwei weitere Personen an, bei der Influenza liegt diese Ansteckungsrate bei einer Person. Folge beider Tatsachen: Covid-19 verbreitet sich schnell, exponentiell, wenn niemand die Verbreitung bremst, mit Verdoppelungszeiten von bis zu zwei Tagen. Es gibt

Mit der Bitte um einen Beitrag wurden Mitte April knapp 60 Personen angefragt – quer durch die DFG-VK, darunter auch sämtliche Mitglieder des BundessprecherInnenkreises sowie der politische Geschäftsführer.

Von diesen Letztgenannten hat bedauerlicherweise ausschließlich der Bundeskassierer Christoph Neeb die Möglichkeit genutzt, in dieser besonderen Situation einen Beitrag zur Standortbestimmung, Perspektive und Strategie beizutragen – immerhin aber 13 andere.

keine Medikamente dagegen, keine Immunität, keine Impfung, nichts!

Mittlerweile gibt es viele Berichte über Gestorbene und von Infizierten – sie schildern, wie dramatisch die Krankheit für einige Menschen ist. Sie zu verharmlosen, ist verantwortungslos. Sars-Cov-2 ist viel gefährlicher als vorherige Coronaviren, führt zu viel mehr Toten und wäre immer statistisch aufgefallen.

Niemand hatte die Krankheit wirklich akzeptiert. Die meisten waren hauptsächlich empfindlich für alles, was ihre Gewohnheiten störte oder ihren Vorteil bedrohte. Dadurch wurden sie gereizt oder aufgebracht, und mit diesen Gefühlen kann man der Pest nichts entgegenhalten. (Albert Camus, Die Pest)

So ging es nach Wodargs Verharmlosung weiter: Der Mikrobiologe und Infektionsepidemiologe Sucharit Bhakdi stellte Fragen, die entweder längst beantwortet sind oder die er als Wissenschaftler selbst klären kann. Der HNO-Arzt Bodo Schiffmann tritt als Demagoge der schlimmsten Art auf (Wem das nicht aufgefallen ist: Ich habe eines seiner Machwerke, „Covid11“, genauer analysiert, weil ich danach gefragt worden bin, und kann jedem erklären, warum dieses Video nichts als Demagogie ist). Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen.

„Gefällt Dir die Nachricht nicht, mach den Überbringer schlecht, dis-

Als Leitfragen für die Beiträge wurde in der Anfrage formuliert:

- Was könnten und sollten wir programmatisch, organisatorisch, aktionsmäßig für die Arbeit der DFG-VK aus der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen lernen?
- Hat sich die DFG-VK in der Coronakrise als diskussions-, entscheidungs- und handlungsfähig erwiesen?
- Was sind aus meiner Sicht die drei wichtigsten Aufgaben der DFG-VK für die nächsten Monate?

kreditiere ihn. Wühle in seiner Vergangenheit, konstruiere etwas, reiße Dinge aus dem Zusammenhang. Trommle 5-Cent-(oder Rubel)-Miethetzer mit möglichst bescheuert benannten Eintagsfliegenaccounts in großer Zahl zusammen etc. Rufmord und sorgsam orchestrierte üble Nachrede sind was Feines.“ So eine treffende Zusammenfassung unter einem der vielen Youtube-Videos.

Leider sind auch einige – wenige, aber dennoch – DFG-VK-Mitglieder der Desinformationslawine auf den Leim gegangen. Sie verbreiteten die Falschinformationen, worauf andere reagierten – die Sache ist noch nicht zu Ende diskutiert. Dies ist digital über E-Mail sachlich aber auch kaum möglich.

Bei dem Sars-Cov-2-Virus gibt es aber richtig und falsch, Lüge und Wahrheit. Und, nein, es geht hier nicht nur um links oder rechts, es geht um Urteilsfähigkeit! Es ist etwas nicht bloß

Mit Desinformation im Netz setzen sich auseinander:

<https://www.volksverpetzer.de/>

<https://www.mimikama.at/>

<https://correctiv.org/>

Gerade ist auch dieses Buch erschienen: Katharina Nocun, Pia Lamberty: Fake Facts – Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen, Köln 2020.

Dabei wurde aber den AutorInnen überlassen, ob und wo sie gegebenenfalls einen Schwerpunkt setzen wollen bzw. ob sie ganz andere Fragen im „Corona-Zusammenhang“ für wichtig halten.

Die Reihenfolge der 14 Beiträge stellt keine inhaltliche Wertung dar, sondern erfolgte ausschließlich aus Layoutgründen so.

Angeregt werden soll mit dieser Veröffentlichung die weitere Diskussion unter den DFG-VK-Mitgliedern, in den Gruppen und Gliederungen und über die *ZivilCourage*.

deswegen richtig und vertrauenswürdig, weil es gegen das geht, was Politik und Leitmedien gerade verkünden.

Leider sind Teile der Friedensbewegung sehr undifferenziert bei der Kritik an der Regierung/den Herrschenden. Es gibt gerade im Themenbereich „Krieg und Frieden“ genügend sachliche Gründe, die regierende Politik abzulehnen. Dafür müssen wir keine Verschwörungstheorien heranziehen.

Wir müssen unsere eigene Urteilsfähigkeit verbessern! Politische Zusammenhänge verstehen, anerkennen (was nicht mit Akzeptieren zu verwechseln ist) und uns vor allem auch auf wissenschaftliche Fakten seriöser (!) Expert*innen stützen (die uns ja auch sagen, dass wir mit unseren Friedensforderungen richtig liegen). Man darf nicht alles glauben, nur weil es in einem gut gemachten Video „verpackt“ ist.

Die Friedensbewegung hat im Umgang mit Medien noch viel zu lernen. Egal, ob es um Corona, Klimakatastrophe oder digitale Kommunikation geht, wir müssen vor allem etwas lernen, für das wir als Menschen keine Intuition haben: das Erfassen von und das Denken in Dynamik und in exponentieller Entwicklung.

Christoph Neeb, Jahrgang 1962, ist als Bundeskassierer Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<

„Die DFG-VK krisenfest machen!“

Von Cornelia Mannewitz



Corona hat überall Missstände an den Tag gebracht, Gewohntes auf den Prüfstand gestellt und Kreativität wachsen lassen. Auch in der DFG-VK! Online-Konferenzen, Kundgebungen, Demonstrationen (auch, wenn sie – sorry – manchmal eher wie Karikaturen von Demonstrationen aussahen) und sogar DFG-VK-Corona-Masken hat es schon gegeben. Also: diskussions-, entscheidungs- und handlungsfähig war und ist die DFG-VK.

Allerdings in den Grenzen, die sie hat. Und das sind aus meiner Sicht: politische Toleranz bis zur Kritikunfähigkeit, weitgehende Intellektualitätsferne und die große Rolle, die die Selbstständigkeit ihrer Gliederungen spielt.

Ein Beispiel, in dem eigentlich das alles schon steckt: Während tagelang hauptsächlich ein Mitglied, das alle seine Meriten lediglich in der „Szene“ erworben hat, den E-Mail-Aktivenverteiler mit dem geistigen Abfall von den Rändern dieser Szene über Corona flutete, kam vom BundessprecherInnenkreis kein Ton. Nur wenige andere widersprachen. Einige beschwich-

tigten, einige stimmten zu, vermutlich aus einer jahrzehntelang eingeübten Sympathie für alternative Denkweisen und Misstrauen gegenüber „den Medien“ heraus, aber hier an völlig falscher Stelle. Generelle Wissenschaftsskepsis und ein gewisses Quäntchen Altersstarrsinn mögen auch dabei gewesen sein.

Woran sollten wir arbeiten?

- An der Verstärkung der politischen Bildung in der DFG-VK. Manche Gliederungen sind stark aktionsorientiert. Der Bundesausschuss und besonders der Bundeskongress sollten noch mehr als Diskussionsforen konzipiert werden. Über die Antragsberatung kann man nicht alles lösen. Im Gegenteil, dabei kommen immer wieder inhaltliche Fragen hoch. Denen sollten wir uns viel öfter stellen.

- An der Wahrnehmung unseres Verbandes als Verband durch uns selbst. Seit Kriegsdienstverweigerung nicht mehr nötig ist, fehlt der DFG-VK ein Profil. Das Mantra der Gewaltfreiheit kann es nicht ersetzen, es scheint sogar die politische Urteilsfähigkeit zu hemmen. Auch unsere Spezialisten für einzelne Themen ersetzen kein Profil. Einige kennen nur noch ihr Thema, andererseits prägen sie manchmal die

Außendarstellung des Gesamtverbandes. Mehrmals ist versucht worden, verbandsweite Arbeitsschwerpunkte zu definieren. Daran sollte energisch angeknüpft werden.

- An der Auseinandersetzung mit einzelnen Mitgliedern. Es kann in unser aller Interesse nicht sein, dass Haushaltsanträge von Autoritäten auch ohne Finanzplan immer wieder durchgewinkt werden. Es kann nicht sein, dass einige immer wieder versuchen, rechtes Gedankengut in die DFG-VK hineinzutragen, egal, ob aus provokatorischer Absicht, Unkenntnis oder tatsächlicher Affinität zu diesen Ideologien. Und es kann – bei aller Rücksicht – auch nicht sein, dass ältere Mitglieder, die sicher viel geleistet haben, aber von den Gurus ihrer Jugend nicht mehr lassen können und mit neuen politischen Erscheinungen oder mit neuen Aktionsformen nicht zurechtkommen, nie zur Reflexion aufgefordert werden. Sie sollten zumindest lernen, wie schnell man von alternativem Denken aus bei Fake News und von Misstrauen gegenüber den Medien aus bei Vorwürfen wie „Lügenpresse“ landen kann und mit wem sie sich dann auf einmal in einem Boot befinden.

Machen wir die DFG-VK krisenfest!

Cornelia Mannewitz, Jahrgang 1955, ist aktiv im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. ‹‹

„Es gibt Alternativen zu den Datenkraken!“

Von Felix Oekentorp



Beginnen wir mit einer grundlegenden Frage: Woran machen wir den Erfolg unserer antimilitaristischen Arbeit fest? Da möchte ich Willy Brandt zitieren, der sagte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Ziel muss es also sein, die Herrschenden dazu zu bringen, ihre Politik nicht auf militärische Stärke und Abschreckung zu konzentrieren,

sondern auf ein konstruktives und solidarisches Miteinander der Menschheit weltweit.

Meiner Ansicht nach gibt es – wenn überhaupt – nicht den einen Weg, der erfolgreich zum Ziel führt, sondern es ist das konstruktive Neben- bzw. Miteinander der Wege. Es muss auch Lobbyisten geben, die den Abgeordneten und den Regierenden im direkten Gespräch Alternativen zur herrschenden Rüstung und Abschreckung plausibel und attraktiv erscheinen las-

sen, genau wie es eine Graswurzelbewegung braucht, um von unten Druck zu erzeugen, von den Menschen, die an den Urnen über die (Wieder-)Wahl entscheiden.

Ich bin eher ein Freund der zweiten Form von Einflussnahme. Die DFG-VK ist meine Heimat, weil sie eben nicht für eine Stellvertreterpolitik steht, sondern für emanzipatorische Beteiligung und Aktionen auf der Straße. Und so war für mich der zurückliegende Ostermarsch in seiner virtuell absolvierten Form auch nur ein erzwungener Ersatz. Die Einsendungen von Fotos selbstgestalteter Protestfenster waren gut, sie strahlten ins Internet aus, und

die dekorierten Fenster setzten in der jeweiligen Nachbarschaft ein Zeichen, aber sie konnten und können eine reale Demo mit Hunderten von Menschen nicht ersetzen.

Die mediale Verbreitung unserer Proteste ist uns trotz dieser Hindernisse recht gut gelungen. Auch für die Medien ist es eine Zeit ohne viele Ereignisse, da sind sie dankbar für jedwede Aktivität, über die sich berichten lässt. Wir hatten dies im Auge und haben geliefert. Das werden wir auch weiterhin schaffen, da sehe ich uns auf einem guten Weg.

Auch für die Entscheidungsfindungen haben wir uns recht schnell um Alternativen zu den persönlichen Treffen gekümmert, dort allerdings unter dem Druck der plötzlichen Notwendigkeit nicht immer so umsichtig, wie

ich das für notwendig erachte. Aus unserem Spektrum und mit unseren Bündnispartner*innen wurden Werkzeuge genutzt, die in den letzten Jahren den „BigBrotherAward“ (BBA) „gewonnen“ haben. So standen Bündnisprotokolle in der Cloud von Google (BBA 2013), so wurde und wird Facebook (BBA 2013 und BBA 2011) ganz selbstverständlich genutzt, so wird bei Messenger-Diensten noch immer Whatsapp (BBA 2014) wegen seiner Verbreitung genutzt statt Alternativen wie Signal, so werden für Petitionen bei Change.org (BBA 2016) Unterschriften gesammelt. Bei Videokonferenzen gibt es mit Jitsi eine Alternative zu Zoom, das von Digitalcourage wegen seiner Datenlecks getadelt wird. Für Terminabsprachen stellt Digitalcourage nuudel.de als Alternati-

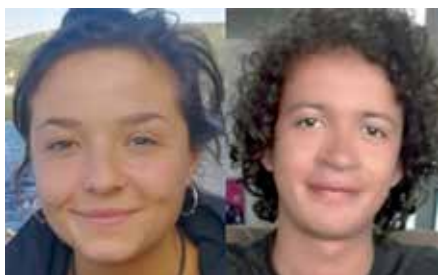
ve zu Doodle bereit, letztere „wirbt“ auf seiner Seite damit, dass Tausende bei Amazon (BBA 2018 für Alexa, BBA 2015 für Logistik) und Google (BBA 2013) ihre Dienste nutzen.

Es gibt Alternativen zu den Datenkraken, und es sollte für eine Organisation wie die DFG-VK eine Selbstverständlichkeit sein, hier besonders sensibel zu sein. Jetzt wo uns die Restriktionen zu Corona nicht mehr neu sind, besteht Gelegenheit zum Nachjustieren. Unsere Kommunikationswege zu optimieren, ist eine Aufgabe, die auch ohne Corona von Bedeutung ist.

Felix Oekentorp, Jahrgang 1963, ist Sprecher des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands und Webmaster beim Ostermarsch Rhein - Ruhr. <<

„Auf stärkere Medienpräsenz setzen!“

Von Laila Weiß und Adrian Villa



Die Corona-Pandemie hat uns in Deutschland dann doch überraschender getroffen als erwartet. Im Rahmen unseres Praktikums mussten wir dadurch große Einbußen hinnehmen, da alle öffentlichen Veranstaltungen, die wesentlicher Bestandteil dieses Praktikums waren, abgesagt wurden. Nichtsdestotrotz konnten wir in die Arbeit einer politischen Organisation reinschnuppern und haben letztendlich sehr viel über die Strukturen und die Organisation der DFG-VK erfahren, insbesondere im Hinblick auf Krisenmanagement.

Was wir mitgenommen haben...

In der Corona-Krise hat sich gezeigt, vor welchen Herausforderungen politische Organisationen auf einmal stehen, wenn deren primäres Sprachrohr, öffentliche Veranstaltungen,

wegbricht und die nicht über eine ausgesprochen starke Internetpräsenz verfügen. Es zeigt sich, welche Einschränkungen auf politische Organisation zukommen. Vor allem, wenn ein Großteil ihrer politischen Bildungsarbeit über Veranstaltungen/Vorträge/Workshops/Demonstrationen etc. ablaufen.

Vor diesem Hintergrund sind Alternativen aufgekommen, klassische Bildungsarbeit in Corona-Zeiten weiter fortzuführen und die nötigen Vorsichtsmaßnahmen einzuhalten, wie zum Beispiel durch „Abstandsdemonstrationen“. Trotzdem sollten wir uns dessen bewusst sein, dass unser Aktivismus durch die Corona-Pandemie eingeschränkt wurde und er sich nicht wie in „normalen Zeiten“ umsetzen ließ.

Uns ist klar geworden, dass durch die Corona-Pandemie politische Arbeit neu gedacht werden muss. Die Devise heißt also: Neue Wege finden, auch wenn sich die eine oder der andere gegen Facebook oder andere soziale Medien ausspricht. Es wird nicht die letzte Krise sein, und wenn wir

Menschen erreichen möchten, vor allem junge Menschen, dann führt kein Weg an sozialen Medien vorbei. Soziale Medien sind das Sprachrohr unserer Generation, und wir denken, dass das politische Anliegen der DFG-VK so wichtig ist, dass es auch in unserer Generation viel mehr gehört werden muss. Wir glauben, dass sich das ändern könnte, indem die DFG-VK auf eine stärkere Medienpräsenz setzt, um die DFG-VK auch für junge Menschen attraktiver zu machen. Die Krise hat uns gezeigt, dass Digitalisierung nicht mehr wegzudenken ist und dass digitale Vernetzung und Repräsentation noch wichtiger sind als je zuvor.

Es muss auch diskutiert werden, was wir unter Aktivismus verstehen und wie wir sowohl in Corona-Zeiten als auch in einem Post-Krisen-Szenario weiterhin sichtbar bleiben. Die Corona-Pandemie stoppt uns nicht davor, unseren kritischen Stimmen Gehör zu verleihen und dies weiterhin zu tun.

Adrian Villa und Laila Weiß (Jahrgang 1994) studieren im Master Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und haben im Rahmen ihres Studiums ein Praktikum bei der DFG-VK Hessen absolviert. <<

„Wirksamkeitsvervielfachung erreichen!“

Von Ralf Buchterkirchen



Die DFG-VK war auf die Einschränkungen, die die Pandemie mit sich bringt, nicht vorbereitet. Reguläre Treffen, Aktionen auf der Straße, Podiumsdiskussionen – das Kerngeschäft lag plötzlich brach. An zwei Beispielen will ich einen (nicht den einzigen) Weg aufzeigen, wie sich aus der Corona-Erfahrung neue Handlungsperspektiven ergeben können.

Die Absage des Bundesausschusses (BA), der dringend notwendige Finanzentscheidungen zu fällen hatte, und der Straßen-Ostermärsche sind zwei weitreichende Entscheidungen, die möglicherweise die politische Arbeit länger prägen können.

Die durch den Ausfall des BA fehlenden Entscheidungen kann der Verband verkraften; der gezeigte Pragmatismus funktioniert, solange ein Grundvertrauen vorhanden ist. Allerdings kann nicht dauerhaft auf den BA verzichtet werden, spätestens im Juli müssen Entscheidungen getroffen werden. Die vorgeschlagene Lösung einer Telefon-Videokonferenz kann zwar physische Treffen nicht ersetzen, dabei aber mehr als nur Mittel in der Krise sein. Bauen wir hier eigene Kompetenzen auf und bieten Möglichkeiten zum unkomplizierten datenschutzgerechten Austausch über die

se Form der Kommunikation auch unabhängig vom BA an, können Kosten gespart, Diskussionen erleichtert und Entscheidungen beschleunigt werden.

Der Ostermarsch wurde gemeinsam mit der Friedenskooperative überwiegend durch einen virtuellen Ostermarsch ersetzt. Kleine lokale Aktionen wie in Jagel konnten nicht durchdringen – mit mehr Vorlauf hätten sicher mehr straßenrelevante Einzelaktionen stattfinden können. Trotzdem kann der digitale Ostermarsch als Erfolg verbucht werden: In einer schwierigen Situation wurde produktiv politisch gehandelt.

Ärgerlich ist jedoch, dass er öffentlich nahezu ausschließlich über die Friedenskooperative wahrgenommen wurde. Das sollte das nächste Mal anders werden. Das gilt einmal für die Kooperation, die gleichberechtigte Partnerinnen gleichermaßen in der Öffentlichkeit repräsentiert. Zum anderen gilt es für unsere Medienaffinität: Wir haben uns auf die mittlerweile nicht mehr so „neuen Medien“ eingelassen und sie produktiv eingesetzt. Allerdings müssen wir hier noch professioneller und auch dezentral handlungsfähig werden.

Diese digitalen Aktionsformen sollten wir in Zukunft mehr als jetzt als zusätzlichen Arm der politischen Arbeit begreifen. Dort erreichen wir neue und ganz andere Zielgruppen. Das

bedeutet auch, dass sich nicht mehr die Frage stellt, ob wir uns auf soziale Medien einlassen, sondern wie und in welchem Rahmen wir uns auf – durchaus ungeliebte – Anbieter wie Facebook, Instagram und Co einlassen wollen. Die derzeit stattfindenden Webinare sind ein Weg, Erklärvideos, kurze Kommentarschnipsel zu aktuellen Themen ein weiterer. Es gilt, eine sinnvolle Vernetzung von Aktionsformen mit den entsprechenden Medien zu erreichen. Verbunden mit den Aktionen auf der Straße können wir eine Wirksamkeitsvervielfachung erreichen.

Vielleicht könnten so abgelegene, aber wichtige Protestorte wie Jagel, Büchel oder beispielsweise Wunstorf eine größere Aufmerksamkeit bekommen. Klar ist: Dies wird Geld kosten, bedarf guter Planung und der Zusammenarbeit mit anderen Strukturen der Friedensbewegung. Dezentrale, ehrenamtlich getragene digitale Kampagnenfähigkeit im Netz, Überprüfung und Überarbeitung unserer Netzarchitektur mit Blick auf die Weiterentwicklung zur Kampagnenfähigkeit sind aktuelle Aufgaben. Dazu gehört auch die Aneignung von Know-how zur dezentralen Produktion von Bildern, Tönen und Kurzfilmen. Und last but not least, auch die *ZivilCourage* muss in diesen Prozess einbezogen werden.

*Ralf Buchterkirchen, Jahrgang 1975, ist Informatiker, war bis November 2019 Mitglied im DFG-VK-Bundes-sprecher*innenkreis und bloggt auf <https://verqueert.de>.* ‹‹

„Neue Bündnisse entwickeln!“

Von Kathrin Vogler



Der Bundeswehr geht der Arsch auf Grundeis. In der Corona-Krise hat sie ihre Rolle nicht gefunden: Ob bei der Beschaffung von Schutzmaterial, beim Aufbau von

provisorischen Krankenpflegereinrichtungen oder als Hilfssheriff bei der Überwachung von Corona-Auflagen – immer stand sie so ein bisschen neben sich und den zivilen Kräften oft eher im Wege.

Gleichzeitig haben Millionen Menschen in aller Welt erfahren, dass

selbst das stärkste Militär der Welt machtlos ist gegen ein winziges Stückchen Protein, ein Virus.

Darauf antwortet die Bundeswehr mit einer strategischen Offensive, die darauf abzielt, so schnell wie möglich Pflöcke zu setzen und Entscheidungen herbeizuführen, die die Politik auf lange Zeit binden: zum Beispiel die Beschaffung von Kampfdrohnen, die Erneuerung der Kampfjet-Flotte, der Kauf von US-Atombombenfliegern

und eine massive Werbekampagne in der Zielgruppe der Sechzehnjährigen, die die Unsicherheit der Corona-Zeit nutzt, um junge Menschen mit dem Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes zu den Waffen zu locken.

Dem haben wir materiell nicht viel entgegenzusetzen. Dass die Verteidigungsministerin die Zeit der tiefsten ökonomischen und sozialen Verunsicherung nutzt, um eine hunderte von Milliarden Euro teure Shoppingtour zu unternehmen, sorgt zwar für kurzzeitige Empörung in den diversen Internet-Medien, aber nicht zu organisiertem Aufbegehren.

Es ist absurd: Die Bundesregierung ballert Milliarden raus für die Autoindustrie und die Rüstungskonzerne, und weswegen rennen die Menschen zu Tausenden auf die Straßen? Wegen einer Masken- und Abstandspflicht, die, nüchtern betrachtet, eher zurückhaltend durchgesetzt wird, die sie aber als schlimmeren Eingriff in die Menschen- und Grundrechte empfin-

den als heimliche Drohnenmorde oder das tägliche Verrecken in unterfinanzierten Kranken- und Pflegeanstalten.

Tausende Menschen demonstrieren dafür, möglichst schnell wieder in den kapitalistischen Produktions- und Konsumbetrieb eingegliedert zu werden und empfinden das als Freiheit, anstatt sich darüber zu ereifern, dass die Lockdown-Maßnahmen umso härter sein müssen, je schwächer und privatisierter die Gesundheitsdienste sind, und sich zu empören, dass der Bundeswehretat weiter und weiter steigen soll, anstatt diese lebensnotwendigen Bereiche (ich hasse das Wort „systemrelevant“) angemessen auszustatten.

Auch wenn wir in der DFG-VK seit über 30 Jahren darauf hinweisen, dass die wirklich großen Gefahren für Leben und Sicherheit der Menschheit nicht militärisch zu bekämpfen sind, standen auch wir in dieser Situation etwas neben uns, aber zumindest nicht im Weg herum.

Da die alltägliche Bewältigung der Krise die Menschen schwer belastet und eingespannt hat, gab es wenig Kraft, über die Krisenzeit hinaus zu schauen und sich auf die anstehenden Verteilungskämpfe vorzubereiten.

Aber jetzt sollten wir nicht mehr lange fackeln. Die Frage nach den Rüstungsausgaben wird dringender denn je und wir haben für die Forderung einer Verringerung der Rüstungsausgaben eine gesellschaftliche Mehrheit, ebenso wie für den Abzug der Atomwaffen und den Verzicht auf Kampfdrohen.

Diese zu materialisieren und dabei neue Bündnisse, zum Beispiel mit Pflegekräften, zu suchen, das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

Kathrin Vogler, Jahrgang 1963, ist Mitglied des Bundestags und friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie ist seit 1979 Mitglied der DFG-VK und war in den 1990er Jahren DFG-VK-Bundesgeschäftsführerin. <<

„Dezentralität ist unsere Stärke!“

Von Detlef Mielke



In jahrzehntelanger Beratung für Kriegsdienstverweigerer habe ich immer wieder erklärt: Grundrechte schützt man, indem man sie wahrnimmt. Auf Grundrechtseinschränkungen durch Notstandsgesetze hat die DFG-VK immer wieder hingewiesen, dies gehörte zu unserer Kritik am Zivildienst und anderen Zwangsdiensten ebenso wie der Hinweis auf Grundrechtseinschränkungen bei Soldaten. Die augenblicklichen Maßnahmen waren für uns also nichts Neues.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte die Hygienemaßnahmen für richtig, auch das „Herunterfahren“ der Wirtschaft, des Reisens, eines Teils der Kontakte usw., aber ich will mein Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Die dezentrale Organisationsform der DFG-VK ist unsere Stärke. Strukturen aufrecht zu erhalten und zu stärken, haben wir aus der Sozialen Verteidigung gelernt.



Die Basisgruppen sowie der Ungehorsam des Landesverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein gegen eine Zentralisierung und Glättung des Erscheinungsbildes unseres Verbandes sowie unser Bestreben nach autonomer Handlungsfähigkeit haben uns im Norden in dieser Situation genützt. Die Treffs in Flensburg, Heide, Kiel, Lübeck, Oldesloe und Hamburg entwickelten schnell Kommunikationsformen per Telefonschaltung, Zoom, Skype usw. Wir wollten uns aber nicht ins Internet verbannen lassen, sondern in der Wirklichkeit auf der Straße präsent sein und uns „face to face“ treffen.

Die zwei Wochen Versammlungsabstinenz Ende März nutzen wir für Materialentwicklung zum Thema Pandemie. Ab Anfang April gingen wir mit unseren neuen Plakaten auf die Straße. Wo angemeldete Kundgebungen untersagt wurden, bewegten wir uns unterhalb der Kundgebungsgrenze in Zweiergruppen. In Schleswig-Holstein ging das ohne Probleme, in



Hamburg wurden Ostermontag solche Zweierkundgebungen nach ca. anderthalb Stunden unterbunden und Bußgelder angekündigt. Am 17. April bekamen wir dann in Hamburg eine Kundgebung mit zehn Teilnehmenden

den durch – das war dann unser erstes Gruppentreffen nach vier Wochen.

Unser erstes Landesverbandstreffen hatten wir nach der „durchgeboxten“ Mahnwache am Karfreitag vor dem Tor zum Fliegerhorst Jagel. Ostersonnabend liefen unsere neuen Plakate in Flensburg, Kiel, Lübeck und Bad Oldesloe, am Ostermontag in Hamburg. Seitdem gab es mehrere von uns angemeldete Kundgebungen mit Teilnahmebegrenzung und Infektionsschutzauflagen.

Mit Sorge betrachte ich die sogenannten Spaziergänge, die behaupten, für Grundrechte einzutreten; das sind meines Erachtens rechtsoffene Veranstaltungen. Etliche Sozialliberale begreifen nicht, dass sie dort mit „Wurmfortsätzen“ der Reichbürger gemeinsame Sache machen. Was 2014 unter BRDgmbH firmierte, heißt heute Art. 146 – das Grundgesetz sei keine Verfassung, wird da gespielt lächelnd verkündet.

Was 2014 die Rothschilds waren, ist heute Bill Gates, was 2014 „weder rechts noch links“ hieß, wird heute mit der Floskel „wir wollen niemanden ausschließen“ verbrämt. Befeuert werden diese Spaziergänge von den gleichen Systemmedien KenFM, Nachdenkseiten, RT-Deutsch usw. Ich befürchte, diese rechtsoffenen Demos werden auch einige DFG-VK-Aktive anlocken und es könnte einen ähnlichen Riss im Verband geben wie bezüglich der Montagsmahnwachen und „Stopp Ramstein“.

Lasst uns lieber selbst Demos organisieren zu unseren Themen – Abrüstung, gegen Atombomber, Antirekrutierung, Stopp Rüstungsproduktion usw.

Detlef Mielke, Jahrgang 1953, ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Hamburg und Vertreter des Landesverbands Hamburg/Schleswig-Holstein im Bundesausschuss. <<

„Inhaltliche Auseinandersetzungen beginnen!“

Von Joachim Schramm



Die DFG-VK verhält sich in der Coronakrise leider genauso wie sonst auch: unkoordiniert und mit kaum vorhandenem Austausch.

Jede Gliederung hat ihren eigenen Weg gesucht, in der neuen Situation zurechtzukommen. Da der Bundesausschuss (BA) Ende März nicht stattfinden konnte, gab es kein turnusmäßiges Treffen der Landesverbände, um sich über die neue Herausforderung auszutauschen. Leider wurde aber auch nicht nach einem Ersatz gesucht. Hier macht sich deutlich negativ bemerkbar, dass es neben dem BA kein anderes Forum gibt, in dem notwendige, aktuelle Diskussionen angeleitet, moderiert und geführt werden.

Im BA-E-Mail-Verteiler entstehen nur dann spontan begrenzte Diskussionen, wenn jemandem Entscheidungen

des BundessprecherInnenkreises (BSK) oder anderer Bundesgremien negativ auffallen oder wenn einer der sporadischen Diskussionsbeiträge quer zum akzeptierten Meinungskanon der DFG-VK liegt. Im Aktiven-E-Mail-Verteiler finden Diskussionen auch – wenn überhaupt – meist über Nebenthemen statt. Hier hätte eine Initiative des BSK oder natürlich auch der Landesverbände zur Diskussion „Wie weiter unter Corona-Bedingungen?“ sicherlich gut getan.

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass der Verband nicht in Tatenlosigkeit erstarrt ist. Landesverbände und örtliche/regionale Gruppen waren an den Anti-Defender-Aktivitäten beteiligt, die ja auch schon von den Corona-Beschränkungen betroffen waren. Bei den Ostermärschen war die DFG-VK an vielen Stellen aktiv, sowohl die Möglichkeiten kleinerer Straßenproteste auszuloten als auch nach

neuen Wegen der „virtuellen Ostermärsche“ zu suchen. Der Livestream des Netzwerks Friedenskoooperative, an dessen Zustandekommen Kathi Müller und Michael Schulze von Glaßer maßgeblich beteiligt waren, war ein tolles Beispiel, dass die „alte“ Friedensbewegung durchaus auf der Höhe der aktuellen medialen Möglichkeiten sein kann.

Hier macht sich bemerkbar, dass die DFG-VK mit ihrer dezentralen Struktur gut aufgestellt ist, je nach örtlicher Situation auf solche Ereignisse wie Corona zu reagieren. Es wird aber auch deutlich, dass klare Vorstellungen fehlen, welche Rolle die einzelnen Gremien des Verbandes spielen sollen. Wer übernimmt die Verantwortung, um Diskussionen im Verband anzustoßen, wie reagiert werden kann und soll? Wer organisiert die Weitergabe von Informationen rechtlicher oder technischer Art, um das Handeln der Gliederungen zu ermöglichen oder zu verbessern? All das passiert nach dem Prinzip: „Das regelt sich schon irgendwie.“

Das funktioniert überall dort, wo Aktive über das nötige Know-how verfügen oder sich eigenständig beschaffen können. Das passiert dort nicht, wo genau dies fehlt. Es sollte doch der Vorteil eines bundesweit aufgestellten Verbandes sein, dass Kenntnisse und Erfahrungen ausgetauscht werden: In welcher Größe können Versammlungen angemeldet werden? Was muss beachtet werden? Wo bekomme ich Hilfe, wenn etwas nicht erlaubt wird? Wie finde ich Anbieter für Telefonkonferenzen? Wie organisiere ich eine Video-Konferenz? All das musste an vielen Stellen im Verband immer wieder neu in Erfahrung gebracht werden, weil der gegenseitige Austausch doch arg eingeschränkt war, es dafür keine Mechanismen im Verband gibt.

Und auch die politische Standortbestimmung über das angemessene Verhalten in der Krise fand kaum statt. Ist es angemessen, Großveranstaltungen wie die Ostermärsche abzusagen, weil die Durchführung unverantwortlich ist, oder beugt man sich hier nur dem Druck des Staates? Ist es politisch richtig, in die sozialen Medien auszuweichen, oder führt das zur unangemessenen Akzeptanz der Grundrechtseinschränkungen? Diese und andere Fragen wurden vielleicht vor Ort, aber kaum zwischen den Gremien der DFG-VK diskutiert.

Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, über die Rolle des BSK, des BA und der Landesverbände zu diskutieren. Hier zeichnet sich immer mehr ab, dass jeder

das macht, was er/sie für richtig hält, aber nicht um gemeinsame Positionen gerungen wird. Damit bleibt die DFG-VK weit hinter ihren Handlungsmöglichkeiten zurück. Es besteht auch die Gefahr der Zerfaserung, wenn bestimmte Entwicklungen im Verband nebeneinander herlaufen, ohne sich aufeinander zu beziehen. Der Versuch, über eine Satzungsdiskussion zum Beispiel die Rolle des BSK deutlicher zu definieren, ist gescheitert. Ich denke, es geht hier auch eher um eine inhaltliche Auseinandersetzung als um formale Regeldiskussionen. Erstere sind jedoch dringend erforderlich!

Joachim Schramm, Jahrgang 1959, ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. <<

„Sich nicht auf die Regierenden verlassen!“

Landesvorstand der DFG-VK Baden-Württemberg



Das neuartige Corona-Virus ist gefährlich – es bedroht unser aller Gesundheit, vor allem für Ältere und Kranke kann es lebensgefährlich sein, bei manchen ist der Arbeitsplatz und die Existenzgrundlage gefährdet, die Pandemie bedroht die gesellschaftliche Weiterentwicklung und die Teilhabechancen von vielen, sie stört die Arbeits- und Aktionsmöglichkeiten für Frieden und Abrüstung der DFG-VK, sie gefährdet die auf Freiheit gerichtete demokratische Staatsordnung, deren erste Aufgabe der Schutz der Grundrechte ist. Der Journalist und Jurist Heribert Prantl brachte es im April auf den Punkt: „Grundrechte heißen Grundrechte, weil sie immer gelten!“

Auch wenn man dafür Verständnis haben kann, dass die Minister-

präsidentInnen gemeinsam mit der Bundeskanzlerin zur Bekämpfung der Pandemie einen „Shutdown“ mit zahlreichen Freiheitseinschränkungen verfügt haben, und auch, wenn man weiß, dass Grundrechtsbeschränkungen nach dem Infektionsschutzgesetz zulässig sind – es beschleicht einen ein mulmiges Gefühl, wenn Demonstrationen und Kundgebungen wie z.B. der Ostermarsch plötzlich nicht mehr zulässig sind.

Aber nicht allen ist dabei unwohl.

Ausgerechnet „unser“ Ministerpräsident Winfried Kretschmann antwortete im „Heute Journal“ des ZDF am 20. März auf die Frage von Marietta Slomka „Es sind schon jetzt enorme Einschränkungen einer Demokratie, enorme Einschränkungen einer freiheitlichen Gesellschaft, eine enorme auch Entmündigung des Bürgers. Ist Ihnen da gar nicht mulmig?“: „Nein, da ist mir nicht mulmig, weil es ist eine schwere Krise, die schwerste, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg hatten, so die Bundeskanzlerin, und in solch einer Krise muss man auch adäquate Maßnahmen erreichen. Ich mein, da

geht’s ja schließlich um Menschenleben! Ja, und diese Einschränkungen, die wir ja machen, die sind ja zeitlich begrenzt, und hören irgendwann auf, spätestens dann, wenn wir einen Impfstoff haben, wird die Krise ja auch beendet werden, ja.“

Es drohen zwar weder Faschismus noch Abschaffung des Rechtsstaats. Aber auf die Regierenden können wir uns nicht verlassen. Wir sind als FriedensaktivistInnen und als DFG-VK gefordert, auch und gerade jetzt für unsere Rechte und Ziele einzutreten; und jede einschränkende „Maßnahme“ auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen, also nach Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit zu fragen. Dass Demonstrieren unter Wahrung von Abstandsgeboten möglich ist, haben schon einige DFG-VK-Gruppen gezeigt – notfalls müssen Genehmigungen eben eingeklagt werden. Die Chancen dafür sind gut, wie zahlreiche Gerichtsentscheidungen in den letzten Wochen gezeigt haben.

Aus: „Informationen“ (Mai 2020) des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Der Landesvorstand verschickt die „Informationen“ zweimal jährlich an alle Mitglieder und FreundInnen des Landesverbandes.<<

„Unsere Stärke ausspielen!“

Von Sarah Gräber



Als sich im Winter die Berichte über Corona-Fälle mehrten und selbst als im März die ersten heftigen Einschränkungen unseren Alltag veränderten, hätte wohl niemand von uns gedacht, dass wir Monate später immer noch nicht wissen würden, ob und wann wir wieder zur Normalität zurückfinden. Aktuell scheinen wir davon ganz weit entfernt zu sein. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass sich die Gesellschaft in zwei Lager zu spaltet: Auf der einen Seite die, die mehr und schnellere Lockerungen fordern, da sie unsere Grundrechte und die Demokratie bedroht sehen. Und auf der anderen Seite die, denen die Lockerungen zu zahlreich und zu schnell sind, weil sie sich Sorgen um ihre Gesundheit oder die ihrer Familie und Freunde machen.

Die aktuelle Situation verändert alle Bereiche unseres Lebens – auch die Arbeit in der DFG-VK. Viele Aktionen dürfen nicht stattfinden und Ideen können nicht umgesetzt werden. Die Art, wie wir miteinander kommunizieren, hat sich umgestellt, und wir haben neue Wege gefunden, unsere Botschaften nach außen zu tragen. Das ist nicht immer einfach, hat aber auch viel Kreativität zu Tage gefördert. Die Pandemie zwingt uns dazu, noch schneller die Möglichkeiten zu erschließen, die uns das Internet und vor allem die sozialen Medien bietet. Aber sie hat uns auch aufgezeigt, wo wir noch Nachholbedarf haben.

Da niemand von uns weiß, wie lange uns der Virus noch begleiten wird, ist es für die DFG-VK entscheidend, in den nächsten Monaten auch unter diesen Umständen handlungsfähig zu bleiben und sich Gehör zu verschaffen. Da wir in unserer Arbeit im Normalfall stark auf Aktionen vor Ort mit

möglichst vielen Menschen setzen, wird das nicht immer einfach sein. Auch online ist es nicht leicht, auf sich aufmerksam zu machen, da Corona noch immer für viele Leute das einzige Thema zu sein scheint.

Doch das wird nicht so bleiben! Ich bin davon überzeugt, dass viele sich schon bald wieder danach sehnen werden, etwas anderes zu hören, zu lesen oder zu sehen. Und diesen Moment dürfen wir nicht verpassen. Deshalb ist es richtig, dass wir an unseren Themen dranbleiben und sie nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Wir können unsere große Stärke in den nächsten Monaten gezielt ausspielen:

Informationen bieten, die woanders nicht zu finden sind.

Sarah Gräber ist 29 Jahre alt und wohnt in Stuttgart. Sie ist seit 2017 DFG-VK-Mitglied, seit 2019 im Landesvorstand Baden-Württemberg und aktuell hauptamtlich als Campaignerin für die Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ «

„Absager und Versager“

Von Ralf Cüppers



Wie kann man einem Staat, der hochgerüstet ist, Kriege in aller Welt führt und Kriegswaffen an kriegführende Staaten liefert, der also dadurch immer wieder zeigt, dass ihm das Menschenleben nicht gerade das höchste Gut ist, angesichts der Corona-Pandemie vertrauen?

Die Chance, durch frühe Einreisekontrollen das Virus draußen zu halten, haben zwar Länder wie Ost-Timor genutzt, das war in Deutschland aber politisch nicht gewollt. Es werden sich fast alle Menschen in Deutschland über kurz oder lang mit dem Coronavirus infizieren und entweder Immunität entwickeln oder sterben. Maßnah-

men der Verlangsamung der Infektion können keine Leben retten, sondern dienen alleine einer gleichmäßigen Auslastung des medizinischen Personals und dem Profit der Krankenhausträger. Bei der einzig relevanten Zahl, der Sterberate, also Verstorbene geteilt durch Infizierte, steht Deutschland nicht gut da. Die deutsche Corona-Politik macht den dümmstmöglichen Kompromiss zwischen konsequenten Maßnahmen in Ost-Timor und dem Laissez-faire in Schweden.

Pazifisten folgen wieder einmal dem, was der Staat vorgibt. Die Staatsgläubigkeit erinnert an Ludwig Quidde, der sich 1914 gegen die Kriegsdienstverweigerung stellte. Wenn der Militaristenstaat Drohnen bewaffnen und F18-Atombombenträ-

ger anschaffen will und deshalb Demonstrationen nicht wünscht, müssen Ostermärsche gar nicht erst verboten werden, sondern werden freiwillig abgesagt. Ähnliches Trauerspiel wiederholte sich am 1. Mai und 8. Mai.

Grundrechte schützen wir aber nur dadurch, dass wir sie wahrnehmen.

Unser hochgerüsteten Kapitalismus unterscheidet sich noch von einem faschistischen System:

Zur faschistischen Ideologie gehört nach Zeev Sternhell der Grundsatz, dass individuelle Freiheitsrechte des Einzelnen nicht wesentlich sind: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“. Die Freiheit des Einzelnen darf beschränkt werden, wenn es dem Volk als Ganzem nützt. Demgegenüber legitimiert das Infektionsschutzgesetz zwar Beschränkungen für Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige und Ausscheider, keinesfalls aber gegenüber der Bevölkerung.

Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten, wir versammeln uns einfach, lassen uns dabei nicht kriminalisieren. Was „vor Corona“ tabu war, Vermummung (mit Mundschutz), Mitführen brennbarer Flüssigkeiten (zur Händedesinfektion) und drei Meter langer Dachlaten (als Abstandhalter für den „Coronaabstand“) bei Demonstrationen, wird jetzt ausdrücklich

erlaubt. Das Versagen der demokratischen und Friedensbewegung durch Verzicht, „trotz Corona“ auf die Straße zu gehen, hat sogar ermöglicht, dass Verschwörungstheoretiker und Nazis die Wut über und den Protest gegen Grundrechtseinschränkungen für ihre Zwecke missbrauchen.

Befreiung von Faschismus und Militarismus ist nicht etwas, was bereits

geschehen ist vor 75 Jahren. Es ist ein Prozess, der bis heute noch andauert und ganz und gar nicht abgeschlossen ist, eine Aufgabe, die sich uns täglich neu stellt. Dazu gehört eine Haltung.

Ralf Cüppers, Jahrgang 1958, ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Flensburg.



„In sichere Kommunikationswege investieren!“

Von Ernst Rattinger



Wie war das noch vor ein paar Monaten: Kommt jetzt der Durchbruch der E-Mobilität und der Zusammenbruch unserer Autoindustrie?

Oder: Welches Alphamännchen greift nach der Macht in der CDU und nach der Kanzlerschaft? Oder machen das Annalena und Robert unter sich aus? Und was macht Merkel wieder alles falsch? – Und heute, Mitte Mai 2020, sind Virologen populärer als so mancher Fußballstar, sind einige Politgroßnasen in der Versenkung verschwunden und Verschwörungsspezialisten aller möglichen Richtungen bringen an verschiedenen Orten einige tausend Menschen auf die Straßen, während die Bundeswehr unter dem Radarschirm öffentlicher Aufmerksamkeit die Bestellzettel für die Drohnenbewaffnung ausgefüllt hat. Und das alles wegen eines Virus, der dem Vernehmen nach ganz besonders die Alten hinwegrafft. Fragen wir doch mal nach: Wie geht es unserer „alten Tante“ DFG-VK?

Sie lebt; intern wird diskutiert über Mailinglisten, das war bisher auch nicht anders, allerdings wird zuweilen Unwille in einzelnen Beiträgen spürbar, wenn das Virusthema drauf und dran ist, alles andere von der Liste zu verdrängen. Entschieden wird auch, nicht immer zur Zufriedenheit aller, aber das war auch vor Corona so. Spannend wird es bei der Frage nach der

Reichweite und der Wirkung bestimmter Verbandsaktivitäten. Nicht nur von unserer DFG-VK, auch vom Netzwerk Friedenskooperative, einigen Gewerkschaften und anderen Gruppen wurde zu virtuellen Ostermärschen aufgerufen mit Hochladen von eigenen Fotos, Ostermarscherklärungen, Videobeiträgen usw. Am Samstag vor Ostern waren der Politische Geschäftsführer und Katharina Müller vom BundessprecherInnenkreis (BSK) „on air“ mit einem 90-Minuten-Programm voller hörenswerter Beiträge und netter Mitmachtipps – bei allen technischen Macken durchaus gelungen. Reichweite? Wirkung? – Keine Ahnung, das müssten die VeranstalterInnen und Aussen-derInnen inzwischen selbst analysiert haben.

Und dann waren ja auch noch in Nord und Süd einige Ostermärsche in echt zu erleben – Tüchlein vor dem Gesicht, Transpi auf keinen Fall quer, sondern längs mitten auf der Straße für die Sicherheit, Megaphon wie immer und bloß nicht mehr als 50 Personen. Reichweite? Wirkung? Vielleicht ein Beitrag (mit Foto?) in der Lokalpresse, denn in verbotsdusseligen Zeiten ist auch ein kleiner Umzug oder eine schlichte Mahnwache plötzlich einen oder zwei Artikel wert; so erlebt im sonnigen Südwesten vor wenigen Tagen um den 8./9. Mai herum.

Ans Eingemachte geht es, wenn wir an die Frage der Verbandsorganisation denken. Wie lange könnten zum Beispiel ein „Not-Bundesausschuss“

mit reduzierter Besetzung oder ein „Internet-BA“ Beschlüsse fassen, den BSK formal korrekt kontrollieren? Ein Jahr lang? Zwei Jahre? Und ganz abgesehen von derartigen Überlegungen: Soll sich der Verband übergangsweise auf eher zweifelhafte Programme wie Skype für die innerverbandliche Entscheidungsfindung verlassen? Oder lieber sofort statt später Lizenzen für wirklich sichere Kommunikationlösungen erwerben?

An diesem Punkt erweist sich unsere Verbandsstruktur mit einzelnen mehr oder weniger großen Orts- und Regionalgruppen durchaus als Vorteil. Diese brauchen am ehesten eine funktionierende Bundesgeschäftsstelle mit Materialversand als Dienstleister für ihre Projekte vor Ort, nicht unbedingt ein Forum überregionalen Zuschnitts. Und wenn wir es genau betrachten, dann erkennen wir gerade bei der Bewertung des Ostermarsches 2020 den Konflikt, der seit Jahren den Verband beschäftigt: Auf der einen Seite diejenigen, für die die Friedensarbeit vor Ort entscheidend ist, auf der anderen Seite diejenigen, die eher auf Omnipräsenz in den „sozialen“ Medien setzen sowie auf Lobbyarbeit in der Politik.

Und wird dann nach Corona alles anders? Ganz bestimmt nicht. Wir haben uns bisher analog und digital zusammengerauft und das wird wohl so bleiben.

Ernst Rattinger, Jahrgang 1948, ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden und Delegierter des Landesverbandes Baden-Württemberg im Bundesausschuss.



„Wann, wenn nicht jetzt?!“

Von Werner Glenewinkel



Machen wir uns nichts vor. Die Deutsche Friedensgesellschaft ist die älteste aller Friedensorganisation in Deutschland. In der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der einflussreichsten Stimmen ist die DFG-VK heute innerhalb der Szene ein anerkannter Akteur. Aber machen wir uns nichts vor: Unser Einfluss auf die zivilgesellschaftliche Meinungsbildung ist minimal, von Bedeutung für die politischen Entscheidungsprozesse ganz zu schweigen. Kann unsere Programmatik die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements nicht angemessen vermitteln?

Die Grundsatzklärung der DFG-VK lautet: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit [1]. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen [2] und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten [3].“ Ein guter, richtiger Satz – bestehend aus einer normativen und somit unverbindlichen Setzung [1], dem klassischen Aufruf an Wehrpflichtige, den Kriegsdienst zu verweigern [2], sowie einer klugen Formel [3], unter der die vielfältigen Initiativen gegen Kriegsursachen (von Friedenssteuer bis Ohne Rüstung leben) kooperieren können. Aber wo ist der DFG-VK-spezifische Beitrag zum Erreichen von Frieden? Bei allem Respekt vor den vielfältigen Aktionen der DFG-VK kann ich kein gesamtgesellschaftlich, nachhaltig relevantes Ziel-Thema erkennen, für das die DFG-VK um Zustimmung in der Gesellschaft ringt.

Wir brauchen ein Vision! „Militär schafft keine Sicherheit, sondern ständig neue Unsicherheiten. Militär löst Konflikte nicht, sondern verschärft, verlängert und verlagert sie.“ So lautet ein zentraler Satz in der Abschlussresolution des 22. DFG-VK-Bundeskongresses Ende vorigen Jahres. Deshalb

ist es sinnvoll und nötig, der aktuellen Verteidigungsministerin zu widersprechen, sich gegen Drohnenkrieg und Rüstungsexporte und für ein Verbot der Atomwaffen zu positionieren sowie auf die klimaschädlichen Wirkungen des Militärs hinzuweisen.

Aber an die Bundesregierung Forderungen zu richten und Erwartungen zu formulieren, ist das beschriebene Papier nicht wert. Die Bundesregierung liest die *ZivilCourage* nicht.

„Es geht darum, ein Denken zu entwickeln, mit dessen Hilfe es möglich ist, Frieden zu schaffen“, heißt es am Ende der Resolution. Kurz: Die geltende Militär-Logik ist durch eine wirksame Friedens-Logik zu ersetzen. Das ist meines Erachtens die Vision, für die sich die DFG-VK vorrangig und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen sollte.

Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Diese Vision muss nicht entwickelt werden, es gibt sie bereits.

2019 hat eine Arbeitsgruppe im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden ein Szenario bis zum Jahr 2040 entwickelt und als Buch herausgegeben: *Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik*. (165 Seiten, 9,95 Euro) und die Kurzfassung (kostenlos) – zu bestellen unter www.ekiba.de. Sie ist in der DFG-VK bereits präsent: Zwei DFG-VK-Mitglieder waren an der Erarbeitung beteiligt, und der DFG-VK-Bundesverband ist im Trägerkreis von „Sicherheit neu denken“ beteiligt.

Thomas Carl Schwoerer hat dieses Buch bereits in der *ZivilCourage* 1/2019 begeistert besprochen (bitte lesen!). Seine Begeisterung hat damit zu tun, dass diese Vision „die positiv besetzten Begriffe „Sicherheit“ und „Verantwortung“ in den Mittelpunkt stellt und im Sinne des politischen Pazifismus umwidmet“; dass diese Visi-

on kein Wunschkonzert ist, sondern realpolitisch argumentiert.

Viele nationale und internationale Beschlüsse und Resolutionen werden für die Entwicklung des Konzepts genutzt. Es nimmt das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit ernst und versucht mit guten Argumenten, deutlich zu machen, dass auch eine zivile Sicherheitspolitik für Sicherheit sorgen kann. In einem längeren Informations- und Überzeugungs-Prozess von Sprechen, Denken und Handeln kann das aus einer gängigen Militär-Logik eine Friedens-Logik werden. Einer strikt zivil orientierten Logik, die unsere Sicherheit auf fünf nachvollziehbaren Maßnahmen aufbaut:

1. Auf sozial, wirtschaftlich und ökologisch gerechte Außenbeziehungen.
2. Auf nachhaltige, stabile Entwicklungen zu den Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas
3. Auf Teilhabe an einer internationalen Sicherheitsarchitektur im Sinne von gemeinsamer Sicherheit.
4. Auf einer resilienten, d.h. widerstandsfähigen Demokratie.
5. Auf einer Konversion, d.h. Umwandlung der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Wann, wenn nicht jetzt?! Deutschland solle in Zusammenarbeit mit anderen Ländern seine Sicherheitspolitik „schnellstmöglich“ auf zivile Instrumente umstellen, heißt es in der Resolution. „

Schnellstmöglich“ braucht mindestens 20 Jahre. Auch bis 2040 wird nur eine erste Etappe zu schaffen sein. Das setzt allerdings voraus, dass sich ab sofort die DFG-VK mit aller Kraft auf diesen Weg konzentriert. Es wird ein langer Weg.

Der erste Schritt müsste ein entsprechender Beschluss der DFG-VK Leitungsgremien sein. Im zweiten Schritt sollte in Gesprächen mit den Herausgebern des Konzepts geklärt werden, wie die DFG-VK den vorgelegten Fahrplan zur Umsetzung des Konzepts wirkungsvoll unterstützen kann. In einem dritten Schritt sollten wir als DFG-VK mit anderen zusammen kluge Strategien entwickeln,

wie Stefan Philipp in seinem Editorial 2/2020 vorschlägt, um die Geldverschwendung für das Militär als Thema in die Bundestagswahl 2021 einzubringen.

Wann, wenn nicht jetzt?! Günstiger werden die Rahmenbedingungen für strukturelle Veränderungen nicht

mehr werden. Denn die Corona-Krise beschert uns unerwartete Argumente für die Nach-Corona-Zeiten: Die gängigen Argumente gegen wirkliche Veränderungen – „Geht nicht“ und „Kein Geld da“ – haben ihre Wirkkraft verloren. Alles spricht dafür, die Chance, dass die DFG-VK zu einem gesell-

schaftlich wirksamen Akteur werden kann, jetzt entschieden zu ergreifen.

Werner Glenewinkel, Jahrgang 1945, ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und war (bis zu deren Auflösung nach Aussetzung der Wehrpflicht) Vorsitzender der Zentralstelle KD.V. <<

„Zusammenhänge klar kommunizieren!“

Von David Scheuing



Die vergangenen drei Monate habe ich mir viele mögliche Systemfragen gebündelt gestellt: zu Wirtschaft, Umwelt, Freiheiten und Rechten, sozialer Gerechtigkeit und, nicht zu vergessen, dem schlichten Miteinander. Es schwant mir, dass wir allzu schnell nach „Wiedereröffnung“ in einen nur allzu bekannten Alltag zurückfallen/zurückdrängen/zurückrutschen werden. Dabei hatte der Zustand unter Corona-Regelungen einige bemerkenswerte und interessante Seiten. Was ist es, was für mich „von Corona bleibt“ - auch für die Bewegung?

Allianzen kritisch überprüfen und wachsam sein. Mehr noch als im Nachgang zum „Friedenswinter“ und den Debatten der letzten Jahre über eine „Offenheit“, die die Friedensbewegung (in der Meinung der Einen) gegenüber allen zeigen müsse, die sich für „Frieden“ engagieren wollen, stellt sich aktuell im Kontext der „Kritik“ an den Corona-Regelungen erneut die Frage: Mit wem will ich warum und wie zusammenarbeiten? Welche Allianzen gehe ich ein und wie überprüfe ich sie? Was sind die Grundüberzeugungen, auf denen ich meine Entscheidungen begründe?

In Zeiten einer veritablen Querfront, die auf den großen Plätzen dieser Republik aufkreuzt, ist es wichtig, diese Querfront inhaltlich und in ihren zugrundeliegenden Nationalismen, Rassismen und ihren strukturellen Antisemitismus kritisch zu prüfen.

Ja, ich erwarte von all den ehrlich Empörten eine klare Abgrenzung gegen rechte Positionen und Parolen. Wer sich hier nicht eindeutig positionieren will oder kann und „einfach“ mitmarschiert („Aber ich bin doch Linker...“), hat Kritik verdient.

Wir sollten im privaten, aber vor allem auch im politischen Aktivismus alle unsere individuellen und gruppenpolitischen Allianzen kritisch überprüfen, immer wachsam sein und einfordern, dass Kritik immer antirassistisch, antisexistisch und nicht klassistisch ist, dass Elitenkritik nicht (strukturell) antisemitisch ist. Es ist eine Absage an die Idee überbreiter Tieflader-Bündnisse, die rechts schon die Leitplanken durchbrechen. Dankenswerterweise haben wir seit letztem Herbst auch einen Beschluss des Bundeskongresses zum Umgang mit der AfD und schon länger erhältliche Positionspapiere gegen rechtsoffene Strukturen. Diese gilt es umzusetzen – jetzt stärker als zuvor.

Es ist ein Wunsch nach einer systemkritischen Haltung, die 1. intersektional denkt und daher auch soziale Gerechtigkeit für „systemrelevante“ Personen zu einer friedenspolitischen Kernforderung macht (als Beitrag zur „zivilen Konflikt(ber)arbeit(ung) im Inland“). Der oft von sicherheitspolitischen Kreisen beschworene „Schutz kritischer Infrastrukturen“ reicht offenbar nicht so weit, dies konsequent sozial gerecht zu denken. Daher muss eine pazifistische Kritik der Verhältnisse auch diese Forderungen zu ihren eigenen machen: faire Bezah-

lung, mehr Personal, keine Profitorientierung in essenziellen Bereichen der Daseinsfür- und vorsorge;

2. klar die militaristische und polizeistaatliche Tendenzen sichtbar macht und skandalisiert (Drohnenbewaffnung und Atombomber durch die Corona-Hintertür... Versuch gescheitert);

3. präzise, recherchierte und haltungssichere Kritik äußert.

So entgehen wir einer inhaltlichen Selbstveräußerung und Vereinnahmung und steuern der tatsächlichen politischen Marginalisierung entgegen. Lasst uns unangenehm bleiben, vor allem nach rechts!

Friedenspolitik in Gesellschaft machen: kampagnenförmig denken. Was folgt aus dem Aufschrei der Friedensorganisationen um die Drohnen-Bewaffnung und die mögliche Beschaffung neuer Atombomber? Wie begleiten wir einen erneuten Versuch der Bundeswehr, sich als Helfer zu inszenieren? Welche friedenspolitischen Forderungen stellen wir eigentlich für diese Gesellschaft? Ain't nobody got time for this?

Ein Mittel für eine langfristige Perspektive ist eine bewusste und klare Orientierung an Kampagnen als Träger zentralen friedenspolitischen Aktivismus'. Lokal, regional und bundesweit. Sie können verhindern, dass wir (vielleicht überstürzt) von einer Aktion in die nächste springen. Kampagnen schaffen nachvollziehbare Bilder und benennen klare zu erreichende Ziele.

Was sind unsere Ziele bei den Atombombern? Und warum sind diese Ziele gerade jetzt bei einer Hintertür-Politik während der Corona-Krise relevant? Weil sie vorher durchdacht waren und somit helfen, den aktuel-

len Skandal zu fassen und in unserem Sinne zu rahmen.

Warum protestieren wir – schon immer – gegen Bundeswehr im Innern, „Tag(e) der Bundeswehr“ und Gelöbnisse und was hat das mit Werbung und Inszenierung auch in Corona-Zeiten zu tun? Ein gemeinsamer Aktionsrahmen und abgestufte Kampagnenziele helfen, diese Zusammenhänge klar in die Mehrheitsbevölkerung zu kommunizieren.

Natürlich sind Kampagnen nicht die Lösung für alle Probleme. Aber sie können uns helfen, vorbereitet zu sein und auf abrupt auftauchende „Störereignisse“ wie eine unbeholfene Drohnen-Debatte der Bundesregierung so einwirken zu können, dass nicht das einhellige Presseecho die Unvermeidbarkeit der Bewaffnung in den Vordergrund stellt, sondern die friedenspolitische Ächtungsnotwendigkeit militärischer Drohnenutzung hervorkehrt.

So bindet nun auch die letzte meiner Beobachtungen und Wünsche die erste mit zurück: Gerade in und für diese Kampagnen ist bewusste und sorgfältige Auswahl der Bündnisse wichtig. Bleiben wir achtsam, nachdenklich und beweglich.

David Scheuing, Jahrgang 1989, ist Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK und Vertreter bei der War Resisters' International. <<

+++T-SHIRTS+++PULLOVER+++TASCHEN+++KISSEN+++
TASSEN+++CAPS+++BEUTEL+++HOODIES+++UVM...

DER NEUE DFG-VK SPREADSHIRT-SHOP

MIT JEDEM EINKAUF UNTERSTÜTZT IHR DIE DFG-VK-FRIEDENSARBEIT FINANZIELL!

➔ SHOP.SPREADSHIRT.DE/DFG-VK/

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Damit hatte wohl niemand gerechnet: Der Coronavirus Sars-Cov-2 schien eine weit entfernte – in China ausgebrochene – Pandemie zu sein. Doch sie erreichte uns. Solch ein Lockdown erschien unvorstellbar. Und doch kam er, und weltweit änderte sich das Leben der Menschen – für einige sicher mehr, für andere weniger.

Genauso unvorstellbar erscheinen vielen Menschen hierzulande Kriege. Solche Konflikte finden in Afrika oder im Nahen Osten statt – aber doch nicht hier! Dabei ist der noch immer gärende Krieg in der Ost-Ukraine nur 1 700 Kilometer entfernt. Und in Militärmanövern trainieren die Armeen in Europa den Ernstfall.

Mitten in die Coronakrise platzte die Nachricht über die Anschaffung neuer „Atombomber“ für die Bundeswehr: Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer will für über 10 Milliarden Euro neue F-18-Kampfbomber aus den USA kaufen. Dabei geht es ganz konkret um den Erhalt der Fähigkeit, Massenvernichtungswaffen durch die Bundeswehr einsetzen zu lassen – die neuen B61-12-Atombomben, die im rheinland-pfälzischen Büchel gelagert sind, können von den aktuellen „Tornado“-Kampfbombern nicht mehr zum Ziel geflogen werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Themen hat es das „Atombomber“-Thema trotz der überbordenden

Corona-Berichterstattung in die Medien geschafft: Der Brief Kramp-Karrenbauers an ihren US-Kollegen mit einer Kaufzusage sorgte für Empörung – besonders auch in der SPD. Dort wird der politische Richtungsstreit nun gerade an sicherheitspolitischen Themen – neben der „nuklearen Teilhabe“ auch „Kampfdrohnen“ – ausgetragen: Die neuen SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken sowie der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich sind für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland – dagegen gibt es in der SPD aber auch großen Widerstand.

Wir sollten nicht in Naivität verfallen – wer für Frieden ist, wurde schon oft von Parteien enttäuscht –, aber erkennen, dass sich in der SPD gerade Chancen eröffnen, zumindest einige unserer politischen Ziele zu erreichen. Daher finden gerade zahlreiche Gespräche mit SPD-Abgeordneten statt. Und ich kann nur dazu anregen, die eigenen lokalen SPD-Abgeordneten (und auch die anderer Fraktionen) zu dem Thema zu befragen und sie – falls sie es noch nicht sind – für ein atomwaffenfreies Deutschland zu gewinnen. Die Entscheidung über die neuen Bomber soll erst in der kommenden Legislatur getroffen werden – mal sehen, was die kommende Bundestagswahl bringt.

Was die Coronakrise mit sich bringt ist eine Debatte um Ausgaben: Wir haben viele positive Rückmeldungen auf unsere Forderung „Mehr Geld für die Gesundheitsversorgung und den zivilen Katastrophenschutz statt für das Militär“ – oder kurz #FundHealthNotWar – bekommen. Um diese Position stark zu machen, haben wir mit dem letzten Spendenbrief rund 14 000 Euro eingenommen. Gerade konzipieren

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



die Bundessprecher*innen und ich dafür das weitere Vorgehen – auch beim nächsten Bundesausschuss-Treffen, welches leider nur virtuell stattfinden kann, wird die Sache Thema sein.

Überhaupt wird in der Coronakrise viel in den virtuellen Raum verlagert: Treffen (auch das meiner lokalen Gruppe in Kassel) werden als Online-Videokonferenzen durchgeführt, auf unserem Youtube-Kanal – www.youtube.com/dfgvk – gibt es „Conversation outta Quarantine“-Livestreams zu unterschiedlichsten Themen, und wir haben dort auch einen virtuellen Ostermarsch mit zahlreichen spannenden Reden und Musikbeiträgen auf die Beine gestellt.

Einiges aus dieser „aufgezwungenen Digitalisierung“ wird uns sicher erhalten bleiben, weil es gut und praktisch ist. Dennoch bin ich froh, dass es langsam wieder mehr auf die Straße geht: An vielen Orten gab es kürzlich Proteste gegen den Rüstungskonzern „Rheinmetall“ (ich war vor der Firmenzentrale in Düsseldorf), und in Berlin haben wir eine Fotoaktion gegen den „Atombomber“-Kauf durchgeführt – beides ohne Probleme mit den Behörden oder der Polizei. Hoffen wir, dass es so weitergeht, die Maßnahmen gegen die Pandemie weiter funktionieren und wir wieder in den vorstellbaren Raum kommen. <<



(Kein) „Burgfrieden“ in der Pandemie

Vorausseilender Gehorsam zahlt sich nicht aus

Von Nils-Holger Schomann

In der Coronakrise werden massiv Grund- und Menschenrechte eingeschränkt. So weit, so schlecht. Aber dass dann große Teile der Friedensbewegung und der Gewerkschaften in ein staatstragendes Horn tuten und Proteste lieber digital abhalten und andere Handlungsformen für gefährlich erklären, das ist zumindest fragwürdig. Auch die Gewerkschaften verzichteten zum 1. Mai auf die traditionellen Demos und Kundgebungen. So wie zu Ostern gab es aber auch hier Menschen, die nicht freiwillig auf ihr Demonstrationsrecht verzichten wollten und dennoch alle möglichen Aktionen durchführten.

So war im Rundfunk und Fernsehen landauf und landab vor Ostern zu hören, dass die Friedensbewegung alle Ostermärsche abgesagt habe, um sich diesmal im Internet zu versammeln.

Wie solch ein „Protest“ tatsächlich sichtbar werden sollte, das vermoch-

ten die Organisatoren vom Netzwerk Friedenskooperative nicht so genau zu sagen. Vor allem wurde der Eindruck erweckt, es gäbe nichts anderes als Videoübertragungen, Konferenzen und bunte Bilder zu Ostern.

Tatsächlich gab es aber diverse reale Aktivitäten draußen in der wirklichen Welt und zwar bundesweit gestreut. Die Flensburger DFG-VK-Gruppe hatte zum Karfreitag eine Demo in Jagel angemeldet und heftig über die Auflagen mit Gesundheitsamt und Versammlungsbehörde gerungen.

Als die Demo schließlich als eine der bundesweit wenigen genehmigt wurde, wollte DFG-VK-Aktivist Ralf Cüppers aus Flensburg das natürlich publizieren und machte Mitteilung zum Beispiel an Willi van Ooyen von der Informationsstelle Ostermarsch in Frankfurt am Main. Dieser weigerte sich jedoch, die Demo in Jagel am Karfreitag zur Kenntnis zu nehmen. Er

sprach weiterhin von symbolischen Aktionen wie „Transpis aus dem Fenster hängen“ und publizierte das Verbot der Motorraddemo von Kuhle Wampe und teilte nichts von der genehmigten Demo in Jagel mit.

„Die Friedensfürsten machen halt ihr eigenes Ding“, meinte dazu eine Aktivistin aus der Jagel-Vorbereitungsgruppe. Dann eskalierte der Streit zwischen Basis und „Fürsten“ der Friedensbewegung: Willi van Ooyen weigerte sich weiterhin, einen Hinweis auf die Demo in Jagel zu veröffentlichen, und Ralf Cüppers drohte mit einer Gegendarstellung nach dem Presserecht.

„Wenn sowohl Willi van Ooyen als auch das Netzwerk Friedenskooperative vorher und hinterher wider besseren Wissens geschrieben haben, dass alle Ostermärsche abgesagt seien, dann ist genau damit behauptet worden, die DFG-VK würden keinen Ostermarsch in Jagel veranstalten. Genau so ist es auch verstanden worden, denn nachdem die Berichte und Fotos aus Jagel veröffentlicht waren, gab es viele Rückmeldungen von Friedensleuten, dass sie gerne gekommen wären, sie hätten jedoch zuvor bei *friedenskooperative.de* oder beim Frankfurter Ostermarschbüro nachgesehen und seien deshalb davon ausgegangen, auch Jagel fände nicht statt. Dadurch ist richtig Schaden entstanden“, meinte Ralf Cüppers dazu.

Ähnlich ging es zunächst mit der „jungen Welt“, aus eigener Sicht die kapitalismuskritische Zeitung im Lande. Auch sie weigerte sich zunächst, einen Hinweis zu veröffentlichen.

Es stellt sich also die zuge-spitzte Frage: Warum ist es so



Foto: DFG-VK, Lübeck-Catholiken

DFG-VK-Demonstration mit Abstand und Mund-Nasen-Schutz vor dem Lübecker Holstentor

charmant, sich einem Diktat der Herrschenden zu unterwerfen, auf reale Aktionen verzichten zu wollen, ohne es überhaupt zu versuchen und stattdessen virtuelle Aktionen zu preisen.

Danach befragt, meinte Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn, es seien in Nordrhein-Westfalen eben alle Demos verboten worden und nichts anderes als virtuelle Aktionen im Internet in Sicht gewesen.

Also ganz ehrlich: Wenn man es hätte wissen wollen, wäre es ein Leichtes gewesen, die dennoch stattfinden realen Aktionen zu finden und zu publizieren. Die „junge Welt“ lenkte ein, veröffentlichte einen kleinen Hinweis auf den Ostermarsch in Jagel.

Der Norddeutsche Rundfunk zog es vor, bei der Behauptung zu bleiben, es gäbe keine Ostermärsche. Eine Nachfrage beim Sender ergab, dass man sich dort auf Agenturen wie die Deutsche Presseagentur (DPA) verlassen hatte, ohne selbst zu recherchieren. Als ehemaliger Fernsehjournalist kann ich dazu nur sagen: hammerhartes journalistisches Versagen auf ganzer Linie. Denn die Organisatoren vom Jagel-Ostermarsch hatten natürlich auch DPA den Hinweis darauf geschickt, dass der Ostermarsch stattfinde. Also haben auch Agenturen die staatstragende Sprachregelung übernommen, alles fände nur virtuell statt und nicht auf der Straße.

Und in der Zwischenzeit gab es mehr und mehr Demos trotz Corona-Krise, auch von Verschwörungstheoretikern und Rechtsüberholern, die uns auf dem Weg in die Diktatur wähen. Das sind natürlich nicht unsere Freunde oder Bündnispartner.

Aber nochmal zum „Burgfrieden“:

Als der Kaiser 1914 begeistert ausrief, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche und Deutschland in den ersten weltweiten imperialistischen Krieg führte, ähnelte das schon ein wenig der heutigen Corona-Situation. Staatstragende Kreise wähen sich im „Krieg“ gegen das Virus, und das Volk würde doch in der Krise so

wunderbar zusammenhalten. Auf diese Leimspur sollten sich weder Friedensbewegung noch Gewerkschaften begeben: Als Friedensbewegter und Gewerkschafter habe ich keine gemeinsamen Interessen mit Kapitalisten und ihren Agenten in den Regierungen.

Wer wie jetzt die Grundrente für Geringverdiener in Frage stellt, aber den Kriegsetat um 10 Prozent auf fast 50 Milliarden Euro steigert und atomwaffenfähige Kampffjets kaufen will, mit dem kann ich auch in einer solchen Krise nicht solidarisch sein.

Der vorausseilende Gehorsam

zahlt sich nicht aus, denn er basiert auf Angst vor Ansteckung mit einem unsichtbaren Virus, das nun für alles verantwortlich gemacht werden soll. Die Krise des Kapitalismus ist eine dauerhafte Erscheinung und hat nichts mit einem Virus zu tun. Wer kein Geld in Atemschutzmasken oder Grundrenten investieren will, aber in totbringende Militärtechnik, der will die Profite der Industrie sichern, sonst nichts. Insofern war auch die Demonstration am 1. Mai in Schleswig-Jagel ein voller Erfolg, auch wenn wir nur wenige waren. Die Botschaft kommt bei den Betroffenen an: Gegen Sozialabbau – für Abrüstung!

Phantasievolle Aktionsformen wie auch schon zu Ostern ermöglichen es, den Behörden Genehmigungen abzurufen und sich nicht von vorneherein auf den eigenen Balkon zurückzuziehen.

„Wer nicht kämpft, der hat schon verloren“ – in diesem Sinne sollten wir immer versuchen, gemeinsam auf Straße und Plätze zu gehen – und sei es mit zwei Metern Abstand und Atemschutz.

Hier gibt es einen Film zu alternativen Aktionsformen: <http://www.hanseart.tv/index/2020/05/03/abr%C3%BCstung-statt-sozialabbau-1-mai-2020-in-jagel>

Nils-Holger Schomann ist Filmmacher in Lübeck und arbeitet in der DFG-VK-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein mit. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2020 im 47. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 27. Mai. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 17. Juli 2020.

„Krankenhäuser statt Bundeswehr“

Adbusting-Aktionen in Berlin

Von der Antimilitaristischen Aktion Berlin (amab)

In der Corona-Zeit ging die Polizei von Berlin zunächst sehr restriktiv gegen linke Versammlungen vor. Um der Staatsgewalt auszuweichen, griffen Antimilitarist*innen zu anderen Protestformen.

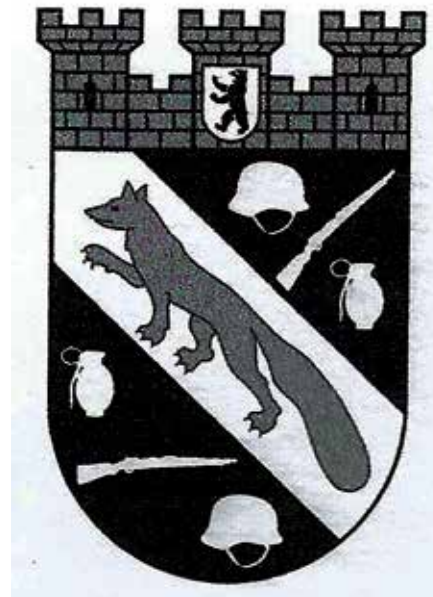
So sagte die linke Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke in ihrer Rede zum digitalen Ostermarsch: „Es gäbe viele Gründe, gegen Militarismus auf die Straße zu gehen. Eine von vielen Möglichkeiten wurde von AntimilitaristInnen in Berlin umgesetzt, in Form eines Adbustings, das die Vorbereitungen auf einen Bundeswehreinsetzung in Baden-Württemberg kritisierte. Lasst uns viele Überlegungen austauschen, wie wir antimilitaristischen Protest auch in Zeiten der Ausgangsbeschränkungen und Versammlungsverbote bewerkstelligt bekommen!“

Adbusting vor Landesvertretung BaWü: „Wir können alles. Sogar Militäreinsatz.“

Bei der Aktion vor der Landesvertretung Baden-Württemberg kaperte das „Besondere Amt für Veralberung (BfV)“ eine Werbevitrine. Die Antimilitarist*innen hängten zwei selbstgemachte Poster mit dem Wappen des Bundeslandes Baden-Württemberg hinein.

Die Aufschrift lautete: „Wir können alles. Sogar Militäreinsatz. Wir wollen als Erste wieder bewaffnetes Militär im Inland einsetzen. Wir planen mit dem Jägerbataillon 292. Das unterhielt einen Wehrmacht-Kultraum und der Nazi-Terrorist Franco Albrecht diente dort. Was kann schon schiefgehen?“

Weltweit erste Adbusting-Demo gegen die alltägliche Krise. Der Bauzaun der U-Bahnlinie 5 am Roten Rathaus, dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, wird von den Berliner Verkehrsbetrieben für Imagewerbung benutzt. Auf ihm sind Transparente befestigt, die eine



U-Bahn einschließlich Fahrgäst*innen im Stile eines Comics zeigen.

Aus den abgebildeten Personen haben die Aktivist*innen des Bündnisses „Adbusting-Demo“ einen Demonstrations-Zug geformt. Slogans wie „Krankenhäuser statt Bundes-





wehr!“ oder „Katastrophenschutz statt Militär im Inneren!“ zeigen die deutliche Ablehnung der Armee im Innereinsatz. Die taz berichtete darüber sehr nett: <https://taz.de/Adbusting-gegen-Corona!/5674669/>

Adbusting zum Ostermarsch am Abgeordnetenhaus. Mit einem Adbusting kaperte die Berliner Kommunikationsguerilla die Werbung der Bundeswehr am Berliner Landesparlament.

Das Originalplakat des Militärs zeigt eine Soldat*in vor dem Klapprechner und wirbt um Bewerbungen im IT-Bereich. Das Adbusting greift die konzentrierte nachdenkliche Pose der Soldat*in auf und ergänzt sie mit zwei Gedankenblasen im Comic-Style: „Hm... statt über Militär im Inneren sollten wir über zivilen Katastrophenschutz nachdenken...“ Eine zweite Gedankenblase ergänzt: „... und die Bundeswehr abschaffen und eine herrschaftsfreie Gesellschaft aufbauen!“

Gefälschte Flyer gegen den „Tag der Bundeswehr“. Zwar ist der Reklame-tag in diesem Jahr offiziell abgesagt, aber das ist in Berlin kein Grund, keine Aktionen gegen Militärpropaganda zu machen. Die Gruppe „Kommunikationsguerilla- und Subversionskommando West-Berlin (KSK-Westberlin)“ lieh sich ungefragt Bild und Unterschrift des Reinickendorfer Bezirksbürgermeisters aus.

Dieser verkündete angeblich, dass die Corona-Krise bei ihm einen Sinneswandel bewirkt habe. Statt Sachen zu kaufen, die wie das Militär Menschen schaden, sollten wir lieber in einen zivilen Katastrophenschutz investieren. Und damit es da nicht wie bei Feuerwehr, THW und Polizei zugeht, gebe es Workshops zu kritischer Männlichkeit. Besonders clever: Auch das anschließende Dementi war gefälscht.

Die Aktion und der Sinneswandel kamen ziemlich gut an im Stadtteil. So gut, dass sogar eine namenlose Bezugsgruppe beschloss, mit Plakatie-

rungen und Adbustings in Tegel auf die Story aufmerksam zu machen. Dabei kam es leider zu einer Festnahme.

Adbusting ist derweil wieder Thema im Bundestag. Nachdem im Februar dank einer Kleinen Anfrage von Ulla Jelpke öffentlich wurde, dass der Militärische Abschirmdienst (MAD), also der Geheimdienst der Bundeswehr, und der Bundesverfassungsschutz Adbusting systematisch beobachten und sich das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum“ von Bund und Ländern 2018/19 viermal mit Adbusting beschäftigt, will ihre Kollegin Martina Renner nun u.a. wissen, welche Aktionen das waren: <https://www.martinarenner.de/nc/uebersicht/anfragen-und-antraege/detail/news/arbeitsweise-und-schwerpunkte-des-gemeinsamen-extremismus-und-terrorismusabwehrzentrums-getz-1/>

Wir dürfen also gespannt sein, wie es weitergeht.

Einige Aktive aus der Antimilitaristischen Aktion Berlin (amab), die beim U35-Netzwerk in der DFG-VK mitmacht.



Kriegsrhetorik in Zeiten der Corona-Krise

Impfstoffe statt Raketenysteme

Von Wolfram Wette

Nous sommes en guerre!“ tönte es von jenseits des Rheins. Nein, nicht 1870, nicht 1914, auch nicht 1940, sondern jetzt, am 16. März 2020. Damit auch jeder begriff, dass es kein Versprecher war, benutzte Emmanuel Macron seine martialische Formulierung gleich sechsmal in einer einzigen Rede. Diesseits des Rheins fragten wir uns: Haben wir vielleicht den Schuss nicht gehört? Oder hatte es den Schuss gar nicht gegeben? Benutzte der französische Staatspräsident die Kriegsrhetorik nur, um die Bevölkerung seines Landes aufzurütteln, um sie vor einer unberechenbaren Gefahr zu warnen?

Macron nachahmend, erklärte sich auf der anderen Seite des Atlantiks der Führer der Supermacht USA selbst zum „Kriegspräsidenten“ und rief die Amerikaner zum Kampf „gegen einen unsichtbaren Feind“ auf, der jetzt „an jeder Front“ angegriffen werden solle. Trump, der die Gefahr zuvor nicht erkannt und sie kleingeredet hatte, peilte nun als Kriegsherr nichts Geringeres als den „totalen Sieg“ an: „Ich weiß, dass in dieser Zeit der Not jeder Amerikaner seine patriotische Pflicht erfüllen und uns dabei helfen wird, einen totalen Sieg zu erringen.“ Wenn es gelänge, die Zahl der amerikanischen Toten auf 100 000 zu begrenzen, „dann haben wir alle zusammen einen guten Job gemacht“, sagte er. Bei anderer Gelegenheit ernannte er erst die Krankenschwestern zu „Kriegerinnen“, die „in den Krieg ziehen“ müssen, und dann die ganze Bevölkerung seines Landes zu Kriegerern.

Anders als bei uns ist eine solche Rhetorik in den USA – historisch bedingt – nicht anstößig. Aus Sicht der Amerikaner war der Zweite Weltkrieg, besonders der Kampf gegen Hitler-Deutschland, ein gerechter Krieg, an

den man sich mit Stolz auf die eigenen Leistungen erinnert. Im Übrigen fand im 20. Jahrhundert keine der militärischen Auseinandersetzungen, die von den USA geführt wurden, auf eigenem Territorium statt. Es gibt daher in der amerikanischen Zivilbevölkerung keine nachhaltig wirkenden Kriegstraumata. Schon Präsident George W. Bush suchte und fand die Anerkennung der meisten seiner Landsleute mit der im Irak-Krieg inszenierten Selbstdefinition als „War-President“. Trump dürfte sich daran erinnern haben.

Im Fahrwasser seiner Kollegen in Frankreich und in den USA schlüpfte auch der italienische Präsident Conte verbal in die Soldatenuniform. Zur Lage in Europa sagte er: „Wir sind alle an der Front. Wenn nur ein Vorposten nachgibt, nur ein Schützengraben zusammenbricht, dann breitet sich der Feind im Inneren aus.“ In London verglich der britische Premierminister Johnson am 18. März die Corona-Bedrohung mit einem Feind auf dem Schlachtfeld. Er sagte in seinem Kabinett: „Wir sind in einen Krieg gegen diese Krankheit verwickelt, den wir gewinnen müssen.“

In Deutschland erregte insbesondere die Kriegsrhetorik von Macron etliche Aufmerksamkeit, fand aber keine Nachahmung. Die Politiker diesseits und jenseits des Rheins scheinen sich der Tatsache bewusst gewesen zu sein, dass das Wort „Krieg“ in Frankreich und in Deutschland – historisch bedingt – ganz unterschiedliche Reflexe auslösen würde. Die Deutschen hätten wohl mit Unverständnis, aber auch mit Entsetzen und Panik reagiert. Denn hier ist „Krieg“ auch noch drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg absolut negativ kodiert. Im historischen Bewusstsein der Deutschen ist präsent: Im Krieg gegen

Frankreich war der erste deutsche Nationalstaat entstanden, in kriegerischen Eroberungen hatte er seine Berufung gesehen und im Krieg war er 1945 untergegangen. Militärische Niederlagen erlebten die Deutschen 1918 und 1945. Dann hatten sie vom Krieg endgültig die Nase voll. Hatte er doch nicht nur den Feindmächten, sondern auch den Deutschen selbst nichts als Unglück gebracht.

Die „deutschen Kriege“ waren Angriffskriege gewesen, aller Verteidigungs-Propaganda zum Trotz. Wenn dagegen die Franzosen zu den Waffen gerufen wurden, geschah dies tatsächlich zur Verteidigung des Landes. Macrons Ausruf „Nous sommes en guerre“ (contre le coronavirus) war geeignet, die im historischen Bewusstsein der Franzosen präsenten Erinnerungen an 1870, 1914 und 1940 zu aktivieren. Die Kriegsrhetorik hatte hier also die Funktion eines Weckrufes zur Mobilisierung, zum Zusammenrücken, zur gemeinschaftlichen Abwehr einer von außen kommenden Gefahr.

Weltweit ist aufmerksam registriert worden, dass die deutsche Bundesregierung nicht auf den rhetorischen Kriegszug aufgesprungen ist. Die Verlautbarungen der Kanzlerin Angela Merkel waren nüchtern, rational, sachorientiert, unaufgeregt, fast spröde. Es gab Verhaltensmaßregeln, aber keinen Befehlston, sondern werbende Appelle an die Einsicht der Menschen, ihr Verantwortungsgefühl und ihre Selbstdisziplin. Exemplarisch für den Verzicht auf jedes Pathos stand die Formulierung der Regierungschefin: „Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst!“ Es war die Rhetorik einer zivilen Gesellschaft.

In Deutschland hat übrigens niemand die Regierenden für den Verzicht auf die Metapher Krieg getadelt. Er scheint eher honoriert worden

zu sein. Heinrich Wefing deutet in der „Zeit“ die Unterschiede in der französischen und der deutschen Reaktion auf die Corona-Krise unter anderem als „Unterschied zwischen französischer Machtglorie und bundesrepublikanischem Effizienzversprechen“. Dafür fand er das sprechende, keineswegs beleidigend gemeinte Bild: „Ärmelschoner statt Epauletten.“

Für deutsche Ohren irritierend war an der Kriegsrhetorik der Anderen die gedankliche Vermengung von Naturereignis und Krieg. Auf den ersten Blick mochte es Parallelen geben: Die Pandemie wurde als eine große Bedrohung für alle wahrgenommen, es gab viele Opfer – Infizierte und Tote –, keine wirksame Gegenwehr, und allerorten Mangel, in diesem Falle an Schutzausrüstung für das medizinische Personal. Aber es fehlte der Feind, der Bösewicht, der Schuss, das ganze herkömmliche Kriegsszenario. So wirkte die Kriegsrhetorik von jenseits der Grenzen seltsam unreal, und man fragte sich: Sieht so das verkapselte Eingeständnis von Ohnmacht und Hilflosigkeit aus? Schließlich konnte nicht einmal der mit Atomwaffen bestückte französische Flugzeugträger etwas gegen den unsichtbaren Feind ausrichten!

In der deutschen Geschichte hat die Vermengung von Naturkatastrophe, Schicksal und Krieg eine verheerende Rolle gespielt. Von den Predigern des preußisch-deutschen Militarismus lernten die Deutschen im 19. und im 20. Jahrhundert, dass der Krieg – wie in gewollter Verallgemeinerung formuliert wurde – „ein Glied in Gottes Weltordnung“ sei. Andere sagten, „der Krieg“ sei „Schicksal“ oder eine „Naturnotwendigkeit“ oder eine „historische Notwendigkeit“. Durch interessengeleitete Vernebelungen dieser Art machte sich damals in der deutschen Bevölkerung ein verhängnisvoller Fatalismus breit, der offenen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierungen des eigenen Landes ebenso massiv erschwerte wie das Wirken einer kriegsgegnerschen Frie-

denbewegung. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein allmähliches Umdenken statt. Jetzt lernten die Deutschen, dass Kriege keine metaphysischen Ursachen haben, sondern dass jede einzelne kriegerische Auseinandersetzung Menschenwerk war und ist. Damit geht auch die – in diesem Kontext zentrale – Erkenntnis einher: Frieden ist machbar.

Die Kriegsrhetorik in Zeiten von Corona ist ein Etikettenschwindel. Zugleich stellt sie ein großes Missverständnis dar. Denn wir haben es mit einem Naturereignis zu tun, ähnlich einem Tsunami, einem Vulkanausbruch, einem Erdbeben, dem Einschlag eines Meteoriten, ähnlich der Pest oder der Cholera. Wir erleben hautnah eine Eruption der Natur, die wir nicht verhindern, höchstens in ihren Folgen eindämmen können. Die Viren sind Teile der Natur, nicht der technisierten menschlichen Welt. Sie sind „die heimlichen Herrscher der Welt“. Die Versuche der US-Regierung, den Ursprung des Corona-Virus in einem Laboratorium in Wuhan zu verorten, stellt insoweit einen Teil des amerikanisch-chinesischen Konfliktausdrucks dar. Es ist der Versuch, Natur in menschliches Verschulden umzuwandeln und den Verdacht der biologischen Kriegsführung zu streuen. Die europäischen Kriegsschulddebatten des 20. Jahrhunderts lassen grüßen.

Bill Gates, einer der Architekten der digitalen Welt, sieht sich derzeit der Aggressivität von Verschwörungsgläubigen ausgesetzt. Dabei hat er es früher als Andere verstanden, die weltweite Gefahrenlage adäquat zu analysieren. In seiner – wohl erst nachträglich berühmt gewordenen – Vancouver-Rede von 2015 und bei anderen Gelegenheiten prognostizierte er, das nächste Massensterben werde nicht die Folge eines Atomkrieges sein, sondern einer Viren-Pandemie. Wir müssten uns für die nächste Viren-Epidemie „wappnen ‚wie für einen Krieg‘, müssten Epidemie-Übungen statt Militär-Übungen betreiben. Aber die Staaten steckten immer noch in

einem Sicherheitsdenken fest, das von militärischen Bedrohungen ausgeht“. Stattdessen müsse die Weltgesellschaft „epidemiologische Einsatzgruppen aufstellen, die jederzeit überall reagieren können. Mobile Kliniken statt Atom-U-Boote. Impfstoff-Repositoryn statt Raketensysteme“.

Für die Anhänger Trumps, die mit Kriegs- und Gewaltretorik sozialisiert worden sind, mögen das schmerzliche Erkenntnisse sein: Das ganze martialische Gerede kann uns so wenig „vor Corona“ schützen wie der machtvolle amerikanische Militärapparat und die National Rifle Association. Damit ist auch bei uns, im postheroischen Deutschland, ein großes Umdenken eingeläutet, entlang der Erkenntnis: Die Hauptgefahr sind nicht militärische Bedrohungen, sondern die Viren, die Mikroben. Das erfordert den Vorrang der Gesundheitssicherheit: Impfstoffe statt Raketensysteme!

Ob die Corona-Krise den Anstoß geben wird, diesen Einsichten auch Handlungen folgen zu lassen, steht freilich in den Sternen. Denn so eindeutig ist die Sache nicht, werden Skeptiker sagen. Haben die Menschen nicht auch bei einigen der sogenannten Naturkatastrophen ihre Hand im Spiel? Was ist mit dem Raubbau an der Natur? Mit dem Aussterben vieler Tierarten? Mit dem Klimawandel? Sicher ist nur das Eine: Mit Militär und Krieg ist keine Abhilfe zu schaffen. Daher ist Kriegsrhetorik in Zeiten von Corona ein Anachronismus, ein Zeichen mangelnder Lernfähigkeit, ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit und ein Indiz für inkompetentes Regieren. Hat eigentlich schon jemand ermittelt, weshalb – soweit erkennbar – kein einziger Wirtschaftsführer in die anachronistische Kriegsrhetorik eingestiegen ist?

Wolfram Wette ist promovierter Historiker, pensionierter Professor für Neueste Geschichte, Friedensforscher und DFG-VK-Mitglied. Auf den Abdruck der Anmerkungen wurde hier verzichtet, die Online-Version enthält sie (www.dfg-vk.de/verbandszeitung). <<

„Seien wir dogmatisch!“

Problematische Gründe gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Von Frank Brendle

Gegen Bundeswehreinmärsche im Inland gibt es viele Gründe – und das kann zum Problem werden: Wer die falschen nennt, stärkt den polizeilich-militärischen Apparat.

Vor der Möglichkeit, der Bundeswehr unter dem Vorwand der Corona-Eindämmung Befugnisse zu polizeilichen Zwecken im Inneren zu übertragen, ist von antimilitaristischer Seite zu Recht früh gewarnt worden.

Die Argumentationen waren allerdings nicht immer stringent, teilweise ähnelten sie einem bunten Strauß aller möglichen Gründe, die einem gegen bewaffnete Militärs auf deutschen Straßen einfallen können. Da wurde vor den Erfahrungen in der deutschen Geschichte gewarnt – dagegen ist nichts zu sagen, aber diese Erfahrungen im Dritten Reich anzusiedeln, ist etwas überraschend. Bewaffnete Einsätze der Wehrmacht im Inland waren damals nun wirklich das kleinere Problem. Zudem werfen historische Vergleiche die Frage nach ihrem Gewicht auf: Wäre die Ablehnung von Militäreinsätzen im Inland auch dann noch gültig, wenn es solche historischen Erfahrungen nicht gäbe?

Problematischer ist der Hinweis, SoldatInnen seien nicht für polizeiliche Aufgaben ausgebildet. Das ist das klassische Argument der Polizeigewerkschaften, die nicht nur beleidigt sind, wenn die Regierenden so tun, als sei eine Polizeiausbildung nicht so wichtig, sondern die aus organisationsegoistischen Interessen sehr darauf erpicht sind, sich vom konkurrierenden Repressionsapparat Bundeswehr nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen.

Das Gleiche gilt für den Einwand, Militäreinsätze seien „nicht nötig“, weil die zivilen Behörden durchaus Herren

der Lage seien. Wer so argumentiert, macht seinen Einwand zum einen von der Durchsetzungsfähigkeit der Polizei abhängig. Sobald diese ausgepowert ist – genau das befürchtete zeitweilig der baden-württembergische Innenminister Strobl angesichts hoher Krankenstände und Quarantäne-Absenz –, muss nach dieser Logik dann eben die Bundeswehr ran. Die GdP Berlin forderte Anfang April, alle öffentlichen Parks zu schließen, weil die sonst voller Leute wären und die Polizei nicht mehr hinterherkäme, die Einhaltung der Corona-Verordnungen zu kontrollieren. „Dann ist der Weg zur Bundeswehr im Innern nicht mehr weit“, fürchtete die Gewerkschaft der Polizei um ihre Pfründe.

Solche Argumente sind nicht gerade antimilitaristisch; und auch nicht sonderlich herrschaftskritisch, weil ja das Funktionieren des bürgerlichen Staatsapparates ausdrücklich eingefordert wird.

Natürlich ist es manchmal verlockend, solche pragmatischen Argumente mit anzuführen, um in der öffentlichen Diskussion zu bestehen. Für die Außenkommunikation der DFG-VK, zumal in Form kurzer Pressemitteilungen, ist es eher fatal, weil sie die Legitimität der Bundeswehr prinzipiell stabilisieren.

Denn die pragmatischen Argumente sind ja umdrehbar: Wären SoldatInnen besser ausgebildet und die Polizei überfordert, dann spräche nichts mehr gegen Militäreinsätze. Im Extremfall halt. Auch wenn es nicht so gemeint ist, kommt es so über.

Die pragmatischen Argumente können wir getrost der Polizei, der Bundeswehr selbst, der SPD und anderen Akteuren überlassen. Die DFG-VK selbst sollte das geringe Aufmerksamkeitspotenzial, das sie in den Me-

dien hat, besser dazu nutzen, die ureigene Position zu kommunizieren und die prinzipielle Legitimität des Militärs in Frage zu stellen: Wir sind gegen Militäreinsätze, weil wir das Militär für einen illegitimen Gewaltapparat halten, den wir abschaffen wollen. Insofern unterscheidet sich die Ablehnung von Inlands- nicht von der von Auslandseinsätzen.

Frank Brendle ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg. <<

DFG-VK PRESSE

Keine hoheitsstaatlichen Aufgaben

Eine Lehre aus dem Nationalsozialismus war, Aufgaben im Inland übernehmen darf. Im Schatten werden, warnt die Deutsche Friedensgesellschaft. Eine Kampfeinheit der Bundeswehr soll im Inland

Patrouillieren bald bewaffnete Soldat*innen die Straßensperren auf? Noch vor zwei Wochen Karrenbauer. Doch nun verdichten sich die Informationen im Innern: Das CDU-geführte baden-württembergische Innenministerium hat die Bundeswehr um bewaffnete Amtshilfe zur direkten Kontrolle von Straßensperren in Bayern und anderen Bundesländern gebittet. „Die Armee ist für polizeiliche Aufgaben weder ausgerüstet noch ausgebildet“, mahnt Michael Schulze von Glaßer, politischer Sprecher der DFG-VK. In den vergangenen Jahren gab es viele Amtshilfe-Einsätze der Bundeswehr in die Innenstädte von Institutionen: „Die rote Linie dabei war immer, dass die Bundeswehr nicht für polizeiliche Aufgaben eingesetzt werden. Dabei sei die deutsche Geschichte voll von Beispielen, die zeigen, dass die Rolle als ‚Staat im Staat‘ ein und später hieß es ‚Geheimdienst‘. Die Bundeswehr wurde dazu geführt, dass das Grundgesetz eine klare Trennung zwischen Militär und Polizei ist. Die Coronakrise ist eine Herausforderung, doch wir sollten im Inland nichts zu suchen.“

Erschrocken ist die DFG-VK auch aufgrund der Aufgaben der Bundeswehr im Inland. Die Bundeswehrereinheit „Jägerbataillon 292“, der im Jahr 2017 die Französische-Brigade – u.a. gehörte der 2017 weiteinsatzfähige Oberleutnant Franco A. der Brigade. Die Bundeswehr hat es zu ihrem Auftrag: „Die Jäger gehören zu den Kampfeinheiten der Bundeswehr, die für die Befahrung, stark bewaldetem Gelände oder auch für die Durchführung von offensiven Kampfeinheiten.“

Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der DFG-VK, fordert: „Auch wenn die Situation bei der Polizei überfordert ist, müssen die Menschen halten stehen und die Abstandsmaßnahmen.“ Für nicht-hoheitliche Aufgaben sollte die Bundeswehr nicht eingesetzt werden. Die Bundesregierung: „Wäre der zivile Gesundheitssektor nicht in der Lage, die massiven militärischen Aufrüstung der letzten Jahre zu bewältigen, würde die Diskussion nicht führen.“ Die DFG-VK fordert, die Bundesregierung sollte unterlassen und als Konsequenz aus der Krise den Sicherheitspolitik, Investitionen gegen die Klimakatastrophen zu stoppen, so Schwoerer.

Für Interviews oder bei Nachfragen nehmen Sie bitte Kontakt mit der DFG-VK über E-Mail unter svg@dfg-vk.de Kontakt auf!

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

„Gut gemeint“ ist das Gegenteil von gut

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern

Von Stefan Philipp

Ein bisschen Spaß muss sein“, dachte man sich wohl beim DFG-VK-Bundesverband. Und so spielte man vielleicht zunächst eine Partie Scrabble und erfand dabei für eine Pressemitteilung den Begriff „hoheitsstaatlich“. Den gibt es nämlich nicht. Gemeint ist „hoheitlich“, was sich darauf bezieht, dass als Ausfluss der Staats- oder auch Hoheitsgewalt bestimmte Aufgaben wie z.B. die Tätigkeit der Polizei in einem gesetzlichen Rahmen und

nur von dafür autorisierten Personen, in der Regel Beamte, ausgeführt werden. Hoheitsstaatlich wäre also „doppelt gemoppelt“, so etwas wie ein „weißer Schimmel“.

Die DFG-VK-Gruppe Köln hat die Pressemitteilung übrigens gleich nach Erscheinen auf ihre Homepage gestellt, dabei aber den falschen Begriff in „hoheitlich“ korrigiert. Warum der Bundesverband zu einer solchen Richtigstellung nicht fähig ist und die Pressemitteilung auch noch Ende Mai unkorrigiert auf seiner Website stehen lässt, bleibt ein Rätsel.

Beim Buchstabenspiel Scrabble führt die Verwendung eines unzulässigen Wortes, das es also im Wörterbuch nicht gibt, übrigens dazu, dass der/die SpielerIn eine Runde aussetzen muss und null Punkte erhält.

Kein Spaß ist hingegen die Erfindung eines von der Verfassung bestimmten Trennungsgebotes von Militär und Polizei.

Das am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz kam auf Weisung der Westalliierten zustande und schuf aus den drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland. Diese Verfassung enthielt keine Regelungen für Militär. Ein solches wurde erst Ende 1955 aufgestellt, 1956 die sog. Wehrverfassung vom Parlament beschlossen und der Artikel 87a ins Grundgesetz eingefügt. Dieser bestimmt, dass der „Bund ... Streitkräfte zur Verteidigung“ aufstellt (Abs. 1); diese „dürfen“ – „außer zur Verteidigung“ – „nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“ (Abs. 2). Im Notstandsfall – „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ (Art. 87a Abs. 4 GG) – kann die Regie-

rung zur Polizeiunterstützung die Bundeswehr für den zivilen Objektschutz und zur Aufstandsbekämpfung so lange einsetzen, bis Bundestag oder -rat das Ende verlangen (ebd.). Im Rahmen der Amtshilfe nach Art. 35 Abs. 1 GG und zur „Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ kann die Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei angefordert oder eingesetzt werden (Art. 35 Abs. 2 und 3 GG). Ein verfassungsrechtliches Trennungsgebot gibt es also nicht, vielmehr sind Polizei und Militär strukturell und von ihren Aufgaben her ohnehin getrennt, die Bundeswehr kann lediglich in eng begrenzten Ausnahmefällen polizeiunterstützend eingesetzt werden.

Ein Trennungsgebot gibt es allenfalls zwischen Polizei und Nachrichtendienst. So etwas wie die Gestapo, die Geheime Staatspolizei im NS-Staat, sollte als Teil des Polizeiapparates im „neuen Deutschland“ nicht wieder entstehen dürfen. Mit dem sog. Polizeibrief vom April 1949 machten die Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen dem Parlamentarischen Rat bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes Vorgaben für eine Trennung von Polizei und Nachrichtendienst, was so aber verfassungsrechtlich nicht festgelegt wurde. Tatsächlich jedoch sind die Polizeibehörden von Bund und Ländern mit den Aufgaben Gefahrenabwehr und Strafverfolgung organisatorisch und strukturell weitgehend von den Verfassungsschutzämtern mit der Aufgabe der Nachrichtenbeschaffung getrennt.

Fazit zur Pressemitteilung: inhaltliche Kritik an sich richtig; handwerklich „suboptimal“; „gutgemeint“ eben.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. <<

PRESEMITEILUNG

Pressemitteilung für die Bundeswehr im Inland

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
 – polizeiliche Aufgaben übernehmen.

Pressemitteilung des DFG-VK-Bundesverbandes zum Bundeswehreinsatz im Innern
 – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Stuttgart 28./29. März 2020.

Im Schatten der Corona-Pandemie

Produktion und Export von Kriegsgerät

Von Jürgen Grässlin

Geld ist genug da – doch falsch verteilt. Im ersten halben Jahr der globalen Ausbreitung des Sars-Cov-2-Virus ist zweierlei offenbar geworden: Einerseits wird weltweit der Mangel an Geldern für das Gesundheitswesen beklagt, andererseits verfügen Militärs und Rüstungsmanager über Geldsummen wie seit Zeiten des Kalten Krieges nicht mehr.

Nahezu zeitgleich mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Dezember 2019 in der chinesischen Stadt Wuhan knallten die Champagnerkorken in den Chefetagen von Verteidigungsministerien, Militärkasernen und Rüstungskonzernen in den reichen Industriestaaten. Denn die Militärausgaben in aller Welt waren 2019 auf unglaubliche 1917 000 000 000 US-Dollar gesteigert worden.

ge einheizen und neue Kriege vorbereiten. Dieses desaströse Faktum dokumentiert das Fact Sheet „Trends in World Military Expenditure, 2019“ des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).

Zwei Seiten einer Medaille – fatale Folgen der fehlgesteuerten US-Regierungspolitik. Donalds Trumps Devise „America first“ gilt in beiden Bereichen. Allein die USA verantworten Militärausgaben in Höhe von 732 Milliarden Dollar, was einem exorbitant hohen Anteil von 38 Prozent entspricht. In den USA wurden 2019 zusätzlich 16 000 Soldat*innen rekrutiert und das Atomwaffenarsenal modernisiert. Zugleich rangieren die Vereinigten Staaten auch bei den Folgen des Corona-Virus unangefochten auf Platz 1 im weltweiten Ranking: mit mehr als 1,6 Millionen bestätigter Fälle und im Juni mit mehr als 100 000 Toten.

Selten zuvor wurde offenbar, wie wahr die Erkenntnis ist: Geld ist genug da, es wird nur völlig falsch verteilt. Und selten zuvor wurde Menschen in aller Welt derart klar vor Augen geführt, dass forcierte Milliardeninvestitionen in Militär und Rüstung und fehlende Gelder im Gesundheitsbereich zwei Seiten einer Medaille sind.

Die Bundesregierung bewilligt Rüstungsexporte auf Rekordniveau. Weltweit wurden 2019 die Militärausgaben um 3,6 Prozent angehoben, schlimm genug. Noch negativer verlief die Entwicklung hierzulande. Im weltweiten Sipri-Vergleich stieg Deutschland, wohlgemerkt als einziges Land unter den Top 15, gleich um zwei Plätze – von Rang 9 auf 7. Mit Investitionen in Höhe von 49,3 Milliarden Dollar steigerte die Große Koalition von CDU, CSU und SPD das Volumen der Militärausgaben in nur ei-

nem Jahr von 2018 auf 2019 um zehn Prozent, berechnet auf den Zehnjahres-Zeitraum von 2010 bis 2019 gar um 15 Prozent.

Vergleichbar wüst sind die Werte beim Waffenhandel. Laut Fünf-Jahres-Bericht von Sipri wurde Deutschlands Exportwert für Großwaffensysteme (Kampfflugzeuge, Militärhelikopter, Kriegsschiffe, Kampfpanzer etc.) für den Zeitraum von 2015 bis 2019 (im Vergleich zu 2010 bis 2014) von der christlich-sozialen Koalition sogar um 17 Prozent gesteigert. Auch hier der Vergleich: Weltweit wurde das Volumen um weitere fünf Prozent angehoben.

Auch wenn der finale Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2019 noch nicht vorliegt, ergeben die regierungsamtlichen Antworten auf Bundestagsanfragen von Linken und Grünen ein klares Bild: Die Kriegswaffen-Exportgenehmigungen katapultierten Deutschland 2019 auf den neuen Negativrekord von rund acht Milliarden Euro, bei einer Steigerung um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen sind der EU- und Nato-Partner Ungarn, genehmigt mit rund 1,77 Milliarden Euro, Ägypten mit 802 Millionen Euro und die USA mit 483 Millionen Euro (Stand Dezember 2019). Ungarn erhält umfassend Kriegswaffen trotz seiner rechtswidrigen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge. Die ägyptische Militärregierung wird mit deutschen Kriegswaffen hochgerüstet trotz ihrer Beteiligung an schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg. Die USA werden mit deutschem Kriegsgerät beliefert trotz deren militärischen Interventionen und Menschenrechtsverletzungen im Afghanistan- und im Syrien-Krieg sowie deren Unterstützung der Jemen-Aggressoren



Einerseits fehlt es in fast allen Ländern an medizinischem Personal, an Pflegekräften, an medizinischer Ausstattung, an Krankenhäusern. Eine Folge der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren weltweit im Gesundheitssektor drastisch gespart wurde. Andererseits ist Geld genug da: Denn im vergangenen Jahr wurden die 1,9 Billionen Dollar zum Wohle all derer ausgegeben, die Armeen aufrüsten, ausbauen und entsenden, die Kriegswaffen entwickeln, produzieren und exportieren, die laufende Krie-

Saudi-Arabien und Ägypten – um pars pro toto drei Länderbeispiele zu nennen.

Resümee: Die aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden mit deutschen Waffen schreitet mehr denn je voran. Unter den Empfängerländern deutscher Kriegswaffen befinden sich vielfach menschenrechtsverletzende und/oder kriegführende Staaten. Die Opfer der Politik der Bundesregierung sind vielfach Zivilistinnen und Zivilisten, allen voran Frauen und Kinder.

Vom Wohlergehen der deutschen Rüstungsindustrie auch in Corona-Zeiten. Diese Open-Border-Politik der Bundesregierung im Rüstungsexportbereich zeitigt Folgen. Einmal mehr verdanken wir Sipri eine weitere Erkenntnis, wenn auch keine erfreuliche. Das alljährlich publizierte Sipri-Ranking der Top 100 der Rüstungsexportierenden Unternehmen für Großwaffensysteme verzeichnet in seiner aktuellen Ausgabe vom Dezember 2019 (für 2018) vier rein deutsche Unternehmen: Rheinmetall auf Platz 22 (im Vorjahr 26), Krauss-Maffei-Wegmann auf Platz 55 (im Vorjahr 58), sowie Thyssen-Krupp und Hensoldt. Ergänzt werden müssen Unternehmen mit starker deutscher Beteiligung, wie die Airbus-Group auf Platz 7 und die Airbus-Beteiligungsgesellschaft MBDA auf Platz 23.

Der führende deutsche Großwaffenproduzent Rheinmetall steigerte seine Rüstungsexporte gegenüber dem Vorjahr um weitere 4,1 Prozent von 3,65 Milliarden Dollar (2017) auf 3,80 Milliarden. Die Kennzahlen von Rheinmetall Defence schnellten auch 2019 in die Höhe. So konnte die Rüstungsparte Zuwächse vermelden beim operativen Ergebnis von 254 auf 343 Millionen Euro, beim Umsatz von 3,2 auf 3,5 Milliarden Euro und beim Auftragsbestand von 8,5 auf 10,4 Milliarden Euro (von 2018 auf 2019).

Bei seiner ersten virtuellen Hauptversammlung (HV) am 19. Mai verkündete die Rheinmetall AG neben der rein monetär betrachteten positiven Un-

ternehmensbilanz eine Dividendenerhöhung auf den Rekordwert (von vormals 2,10 Euro) auf 2,40 Euro pro Aktie. Doch Waffengeschäfte, die für Aktionär*innen profitabel sind, enden für Zivilist*innen in Kriegsgebieten vielfach tödlich – so die Saudi-Arabien-Deals von Rheinmetall-Beteiligungsgesellschaften.

Zu Recht monierte der Dachverband der Kritischen Aktionär*innen in Köln auf der HV, dass der Konzern weiterhin auf Waffentransfers in Kriegsgebiete setzt. Konsequenterweise forderte der Dachverband in einem Brief an Investoren, dass diese ihre Investitionen aus Rheinmetall abziehen sollen. Eine Kritik am Rheinmetall-Geschäftsmodell, die durch die virtuelle Übertragung der Hauptversammlung stark erschwert wurde.

Bereits einen Tag vor der Rheinmetall-HV hatten „urgewald“ und der Dachverband der Kritischen Aktionär*innen auf die Bemühungen des Konzerns aufmerksam gemacht, Kriegsgebiete verstärkt mit Munition zu beliefern. „So besteht aktuell, trotz der Corona-Einschränkungen, ein Schlupfloch für Lieferungen an die Türkei. Anfang Mai ist von der südafrikanischen Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Denel Munition sechs Mal Munition per Flugzeug an die türkische Armee geliefert worden“, so die Konzernkritiker in ihrem Statement.

Nachdrücklich sei allen Interessent*innen der hemmungslosen Rüstungsexportpolitik von Rheinmetall die aktuelle Recherche „Türkische Luftbrücke für Munition aus Südafrika“ des Friedensforschers Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit empfohlen (http://www.bits.de/public/unv_a/original-040520.htm).

Auch beim führenden deutschen Hersteller und Exporteur von Kleinwaffen herrscht derzeit eine gute Stimmung. In einer Pressemitteilung vom Mai verkündete die Geschäftsführung von Heckler & Koch (H&K), das Unternehmen sei „zurück in der Gewinnzone“. So war der Umsatz von 220,9 Millionen Euro (2018) um acht Prozent auf

239,4 Millionen Euro gestiegen. Das operative Ergebnis lag vor Steuern bei 30,3 Millionen Euro – beachtliche 63 Prozent höher als im Jahr zuvor.

Die Auftragsbücher seien gut gefüllt. Neben den französischen Streitkräften werden 2020 das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr sowie Marine-Spezialkräfte das neue Sturmgewehr vom Typ HK 416 A7 erhalten. Der Ausblick für 2020 sei „trotz der Corona-Pandemie verhalten optimistisch“.

Bei den Hauptversammlungen stelle sich das Unternehmen „der Debatte mit seinen Aktionären, insbesondere den ‚kritischen Aktionären‘. Die Resultate dieses Dialogs sind unter anderem in den Ethik- und Verhaltenskodex eingeflossen.“ Ein „weiterer Faktor für den positiven Trend bei H&K ist die ‚Grüne-Länder-Strategie‘“, hieß es in einer Pressemitteilung von Heckler & Koch.

Gemäß dieser Strategie exportiere H&K fortan ausschließlich Waffen an Nato-Staaten, Nato-assoziierte Staaten und EU-Länder. Keine Frage, angesichts der dramatischen Firmenhis-



torie mit zahlreichen Kriegswaffenlieferungen an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Siehe hierzu die „Kritische Unternehmenschronik Heckler & Koch. Wie H&K und Bundesregierungen durch hemmungslose Kleinwaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten Tod und Traumatisierung von Millionen Menschen in aller Welt mitverantworten (Langfassung)“ im GLOBAL NET – STOP

THE ARMS TRADE (<https://www.gn-stat.org/deutsch/unternehmen/heckler-chronik-deu/>).

Zentral muss für H&K die selbstgesetzte Vorgabe sein, Waffen „ethisch vertretbar“ und unter Berücksichtigung der „Menschenrechtslage im Empfängerland“ zu exportieren. Noch aber sieht die Realität der H&K-Waffenexporte vielfach anders aus: Der Nato-Partner USA führt mit H&K-Kleinwaffen völkerrechtswidrige Kriege.

Allerdings seien Ausnahmen möglich. In dem von H&K-Vorstandschef Jens Bodo Koch gelobten Indonesien „verübten die Sicherheitskräfte rechtswidrige Tötungen und wandten exzessive Gewalt an“, so die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Waffentransfers an Länder wie Indonesien müssen deshalb sofort gestoppt werden.

Und noch ein Kritikpunkt: Sollte H&K tatsächlich ethische Grundsätze bei Rüstungsexporten zur Grundlage erheben, dann müsste das Unternehmen die Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Mexiko-Urteil aufgrund meiner Strafanzeige sofort zurückziehen und die 3,7 Millionen Euro Strafe klaglos zahlen. Denn Umsätze und Gewinne aus dem illegalen G36-Mexiko-Deal wurden höchst unethisch erwirtschaftet. Zahlreiche Menschen verloren und verlieren in den illegal belieferten vier mexikanischen Unruheprovinzen ihr Leben aufgrund dieses widerrechtlichen und moralisch verwerflichen G36-Waffengeschäftes.

Die Friedensbewegung und mit ihr die Kritischen Aktionär*innen müssen wachsam bleiben.

Breite Debatte über die sinnvolle Verwendung der Gelder. Die Corona-Krise bietet der Bundesregierung eine gute Gelegenheit, vom Vorwurf des hemmungslosen Kriegswaffenexports abzulenken und sich stattdessen zum Retter in der Corona-Krise aufzuspielen. Bleibt die Hoffnung, dass sich die Mächtigen-Mutation der Bundesregierung als das entpuppt, was sie auch ist: ein Ablen-

kungsmanöver von der Beteiligung an todbringenden Kriegen mit deutschen Waffen und Soldaten und an weiteren wahnwitzigen Waffenbeschaffungen.

So fordern ranghohe Militärs und führende Politikerinnen und Politiker – allen voran der CDU/CSU – zurzeit die Beschaffung von 93 Eurofighter-Kampfflugzeugen von Airbus und von 45 atomwaffenfähigen F-18-Bombern des US-Herstellers Boeing. Dieses Waffenbeschaffungsprogramm ist mehr als heikel: Denn mittels der F-18-Jets wäre die Bundesluftwaffe technisch in der Lage, mit den im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten neuen US-Atombomben des Typs B61-12 offensive atomare Vernichtungsschläge auszuüben. Zielrichtung sind Russland und deren Verbündete in Osteuropa.

Noch besteht Hoffnung, denn über diese Form der nuklearen Teilhabe besteht massiver Dissens in der Großen Koalition, im Übrigen auch innerhalb der SPD. Erfreulich klar hat sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, positioniert. Er verlangt „eine offene und ehrliche Debatte über die Sinnhaftigkeit der nuklearen Teilhabe – zumal die Entscheidung über ein neues Trägersystem ansteht und angesichts der Gedankenspiele der USA, in einem Krieg frühzeitig Atomwaffen mit geringer Sprengkraft einzusetzen.“

Neue Waffenbeschaffungen und Rüstungsexporte im Schatten der Corona-Pandemie prägen das Bild weltweit. Zurzeit nutzen mächtige Politiker und Manager in den USA, in Russland, China, Frankreich, Großbritannien und auch in Deutschland die Ablenkung durch die Corona-Pandemie. Sie wollen neue Projekte der Aufrüstung und Militarisierung durchsetzen. Kriege werden vorbereitet und gemacht.

Weltweit wurden und werden die Militärausgaben angehoben. Die USA, China und Deutschland steigerten ihre Rüstungsexporte auf neue Negativrekorde. In den vergangenen fünf Jahren wurde der Waffenhandel in aller Welt um weitere fünf Prozent gesteigert. Deutschlands Kriegswaffenex-

porte wurden sogar um 17 Prozent nach oben geschraubt. Die Bundesregierung steigert den sogenannten „Verteidigungshaushalt“ seit Jahren. Schon heute investiert Deutschland pro Jahr mehr als 50 Milliarden Euro für Rüstung und Militär, für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Geplant ist, diese Ausgaben in den kommenden Jahren auf letztlich mehr als 75 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern.

Was bleibt zu tun? Lasst uns die Strafanzeigen des ECCHR und von Linken unterstützen, die die Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden juristisch angehen. Lasst uns den offenen Brief von Greenpeace und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und zahlreicher weiterer Organisationen unterstützen, die nachdrücklich einen völligen Stopp aller Kriegswaffenexporte der Jemen-Kriegsallianz fordern.

Lasst uns mit dem GLOBAL NET weltweit aufzeigen, wohin grenzenlos Waffen exportiert werden. Und lasst uns den Tätern Name und Gesicht und den Opfern eine Stimme geben. Lasst uns vor den Werkstoren skrupelloser Waffenschmieden blockieren und vor Bundestag und Bundeskanzleramt demonstrieren gegen die Machenschaften der Rüstungsexport- und Kriegslobbyisten.

Und lasst uns die Chance nutzen, die sich mit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion gerade in der Zeit der Corona-Krise eröffnet. „Unser Feind ist ein Virus. Sind die Rüstungspläne der Bundeswehr noch sinnvoll und bezahlbar? Linke, Grüne und der SPD-Fraktionschef bezweifeln es“, titelt die „Süddeutsche Zeitung“ am 26. Mai.

Die Friedensbewegung bezweifelt es schon lange. Was wir brauchen, sind Medikamente und Abrüstung, nicht Militarisierung und Aufrüstung durch neue Kampfflugzeuge. „Abrüsten statt Aufrüsten“ fordert unsere Kampagne.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<

Ein Kurswechsel ist gefordert

BSK der DFG-VK schreibt an Chef der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich, mit großem Interesse haben wir in den letzten drei Wochen die von Ihnen angestoßene Debatte um die nukleare Teilhabe Deutschlands verfolgt. In einer Zeit, die von Aufrüstung und der Erosion vieler wichtiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge gezeichnet ist, bedarf es Mut und Standhaftigkeit, einen solchen Vorstoß zu wagen.

Die nukleare Abschreckung beruht auf der Androhung von Gewalt, dem Tod vieler Menschen und der Zerstörung der Umwelt für Generationen zur Durchsetzung nationaler Interessen. Als politische Pazifist*innen lehnen wir eine derartige Politik entschieden ab und begrüßen daher Ihren Vorstoß, das antiquierte und militärisch obsole- te Konzept der nuklearen Teilhabe auf den Prüfstand zu stellen.

Auch wir sind der Meinung, dass außen- und sicherheitspolitische Verantwortung nicht mit militärischer Stärke gleichzusetzen ist. Die Corona- krise führt uns vor Augen, dass die großen Probleme und Aufgaben unserer Zeit nicht militärisch gelöst werden können. Auch deshalb fordern wir einen Kurswechsel, hin zu einer Politik, die auf Gewaltprävention und Ko- operation setzt. In der das Geld der Steuerzahler*innen nicht in Militär und

Rüstung gesteckt, sondern in soziale Sicherheit investiert wird.

Dafür setzt sich die Deutsche Frie- densgesellschaft – Vereinigte Kriegs- dienstgegnerInnen vor den Toren des Fliegerhorst Büchel, gemeinsam mit deutschen Ican-Partnerorganisatio- nen in deutschen Landtagen und Kom- munen und auf den Konferenzen zum Atomwaffensperrvertrag in New York und Genf ein.

Eine Mehrheit der deutschen Be- völkerung ist für den Abzug der in Bü- chel stationierten US-amerikanischen Atombomben und spricht sich für die Unterzeichnung des Atomwaffenver- botsvertrages durch Deutschland aus. Ihre Forderung nach einer Debatte um die nukleare Teilhabe Deutschlands ist deshalb ein längst überfälliger Schritt auf dem Weg hin zur vollständigen nuklearen Abrüstung.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Mit- streiter*innen viel Kraft, dem (im vor- letzten *Spiegel* beschriebenen) Wi- derstand aus den eigenen Reihen und den anderen Parteien im Bundestag entgegenzutreten.

Mit besten Grüßen
Die Bundessprecher*innen der
Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Stuttgart, 26. Mai 2020

Tolstois Antimilitarismus – damals wie heute aktuell

Der russische Schriftsteller Leo Tols- toi (1828–1910) zog in einer im Jah- re 1894, zwei Jahre nach der Grün- dung der Deutschen Friedensgesell- schaft, in deutscher Übersetzung er- schienenen Schrift eine ernüchterte Bilanz bezüglich aller früher geheg- ten Hoffnungen, dass die Etablie- rung von Volksvertretungen die Mili- tärausgaben begrenzen werde:

Damals sagte man: Ach, wenn die Völker Leute wählen könnten, die das Recht hätten, den Regierungen die Soldaten und das Geld zu versa- gen, dann würde auch die Kriegspo- litik ein Ende haben. Jetzt haben wir fast in ganz Europa Volksvertretun- gen; trotzdem sind die Kriegsausga- ben und die Kriegsrüstungen in einer schrecklichen Proportion gewach- sen.“

Tolstoi wies darauf hin, dass das für Rüstung ausgegebene Geld zur Erfüllung viel sinnvollerer, ziviler Auf- gaben verwendet werden und somit einen Beitrag zur Herstellung sozia- len Friedens leisten könnte:

Um nun eine so große Zahl von Soldaten zu unterhalten und so un- geheure Vorbereitungen zum Tot- schlag zu machen, werden jährlich Hunderte von Millionen ausgege- ben, das heißt Summen, die zur Er- ziehung des Volks und zur Durchfüh- rung der gewaltigsten Arbeiten im allgemeinen Nutzen genügen und die die Möglichkeit schaffen würden, die soziale Frage friedlich zu lösen.

Diese Reflexionen Tolstois sind aktueller denn je, da sie uns die Not- wendigkeit und Dringlichkeit der Be- grenzung und Reduzierung der Mili- tärausgaben vor Augen führen. Tols- toi erinnert uns daran, wie auch die von uns gewählten Volksvertrete- rInnen mehrheitlich auf dem Irrweg der Militarisierung vorangeschritten sind, und bestärkt uns als Pazifist- lInnen/AntimilitaristInnen in unserer steten Opposition gegenüber allen Militarierungsbestrebungen!

Thomas Tews



Postkarte der DFG-VK Baden-Württemberg an SPD-Fraktionschef Mützenich – die Postkarte kann kostenlos bestellt werden beim DFG-VK-Landesverband BaWü: ba-wue@dfg-vk.de

Global betrachtet

Aus dem Innenleben der WRI: Bericht vom digitalen Ratstreffen der Internationale der Kriegsdienstgegner:innen im Mai

Von David Scheuing

Turnusgemäß fand in diesem Jahr das Ratstreffen der WRI digital statt, so konnten Corona-Maßnahmen das Treffen nur bedingt beeinträchtigen. Das digitale Ratstreffen findet seit mehreren Jahren jeweils über den Zeitraum von anderthalb Wochen statt. Dabei agieren wir auf der konsens-orientierten Plattform „Loomio“. Das Ratstreffen wurde von digitalen Konferenzanrufen aufgelockert, so dass Schwerpunktthemen intensiver und im direkten Austausch besprochen werden konnten. Gleichzeitig ermöglichte dies den anwesenden Ratsmitgliedern, sich bei aller Ungleichzeitigkeit der Diskussionen auf der Online-Plattform zumindest einige Male direkt zu sprechen.

Das Herz der WRI: die Programmlinien. Im Kern jedes Ratstreffen stehen die Entwicklungen und Aufgaben der Programmlinien des Büros. Gerade jetzt, da die WRI zum ersten Mal Erfahrungen mit einem Büro sammelt, das größtenteils virtuell existiert, da alle Mitarbeiter*innen in verschiedenen Städten und auf mehreren Kontinenten leben und arbeiten, ist es wichtig, die Ergebnisse des letzten Jahres zentral zu sammeln und neue Schritte zu beschließen.

Die WRI hat derzeit Mitarbeiter*innen für drei zentrale Schwerpunktbereiche: Die Arbeit für das „weltweite Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Right to Refuse to Kill, RRTK)“, im Bereich der „Gewaltfreiheit (Nonviolence)“ und „Gegen die Militarisierung der Jugend (Countering the Militarisation of Youth)“. In allen Bereichen sind diverse Publikationen erschienen – einige der Materialien habe ich an dieser Stelle bereits vorgestellt.

Die Arbeit von RRTK hat einen neuen Aufmerksamkeitsschwerpunkt auf Lateinamerika bekommen, wo je-

des Jahr mehr Fälle erzwungener Rekrutierung registriert werden. In Zukunft sollen Daten zur weltweiten Lage der Kriegsdienstverweigerung (Concodoc, <https://wri-irg.org/en/colrtba/index.html>) immer auch noch aktueller gehalten und auch graphisch zugänglich gemacht werden. An einer kartographischen Darstellung wird im Hintergrund schon gearbeitet.

Im Bereich „Nonviolence“ wird die Online-Ressource (<https://www.nonviolence.wri-irg.org/en>) graphisch überarbeitet werden, da sie nur schwer zugänglich ist. Aber vor allem werden immer wieder neue Beiträge zur Seite gesucht. Wer sich beteiligen mag, schreibt gerne mir: scheuing@dfg-vk.de. Darüber hinaus wurden den Mitarbeiter*innen viele Anstöße für neue Schwerpunktsetzungen, Materialien und Themen gegeben – aber diese stehen allesamt unter Finanzierungsvorbehalt (siehe unten).

Pandemie und Militarisierung/ Militarisierung in Lateinamerika.

Inhaltlich wurde das Ratstreffen vom gemeinsamen Austausch über beobachtete Militarisierungstendenzen während der Pandemie und generell schleichende Militarisierung in Lateinamerika begleitet. Der intensive Austausch zur Pandemie förderte viele wichtige Beobachtungen zu Tage: Militarisierte Polizeikräfte haben immer wieder massive Übergriffe auf Bürger*innen begangen, über die wegen geringer Medienaufmerksamkeit oftmals nur wenig berichtet wurden.

Durch die Nichtbereitstellung von Hilfen medizinischer und sonstiger Art wurde in manchen Regionen (Ambazonia/Kamerun u.a.) das Virus selbst als Waffe verwendet. Viele Mitgliedsorganisationen berichteten von stärker militarisierter Polizei, ausgeweiteten Befugnissen und direkter Zusam-

menarbeit zwischen Militär und Polizei; ebenso wurde international auch beobachtet, dass sich das Militär als „ziviler Helfer“ zu inszenieren wusste. Kampagnen, die auf den inhärenten Widerspruch und die Notwendigkeit hinwiesen, die Mittel lieber gleich für zivile Katastrophenhilfe und medizinische Grundversorgung zu verwenden, gab es in beinahe allen Kontexten, aus denen berichtet wurde. Aber eben auch die diskursive Verschiebung hin zu einer militarisierten „Kriegs“antwort auf den Virus und zuletzt natürlich die allgemeinen Einschränkungen der Grundfreiheiten nicht zu vergessen, von direkten „Ermächtigungen“ über dauerhaften „Ausnahmestand“ und „Massenüberwachung“ (meist von Mobilfunkdaten) in manchen Staaten.

Die Ergebnisse dieses Austausches sollen demnächst in eine kleine Broschüre fließen, so dass ein internationaler Vergleich der Maßnahmen und militarisierten Antworten für die eigene Arbeit zur Verfügung steht.

Parallel zum Ratstreffen und dem Austausch über schleichende Militarisierung in Lateinamerika wurde bekannt, dass es in Venezuela einen versuchten Putsch (3./4. Mai 2020) gegeben hatte. Über eine entsprechende zeitnahe Stellungnahme diskutierten die Ratsmitglieder sehr intensiv und lange, konnten sich aber bis zur Abfassung dieses Artikels nicht auf eine gemeinsame Formulierung einigen. Denn die grundsätzlichen Debatten wogen schwer: Einzelne Mitgliedsorganisationen sprachen ihr Veto gegen eine Stellungnahme aus, die sich nicht klar gegen US-imperialistische Angriffe auf die boliviarische Revolution positionierte. Mitgliedsorganisationen aus Venezuela wiederum sprachen ihr Veto gegen eine Stellungnahme aus, die durch die anti-imperialistische Kri-

tik an den USA die Militarisierung der venezolanischen Regierung und ihrer Misswirtschaft zu kritisieren vergaß.

Im Raum steht eine zentrale Debatte (wieder einmal) in der WRI: Inwiefern ist die WRI als gesamtes Bündnis zu Positionen fähig, oder ist das nur noch in Regionalbündnissen möglich? Wie klar hängen Anti-Imperialismus und Pazifismus/Antimilitarismus miteinander zusammen? Ist die boliviarische Revolution eine gewaltfreie Graswurzelrevolution, oder betrachten wir den Bolivarismus als eine Regierungsform, die es ebenso zu kritisieren gilt wie alle anderen Regierungen? Welche Form der Konsensentscheidungen können über Mailinglisten überhaupt herbeigeführt werden? Und nicht zuletzt: Gilt bei Debatten über eine Stellungnahme ein tendenzielles Vor-Entscheidungsrecht der „lokalen“ Aktivist*innen (deren Kontext und deren Organisationen betroffen sind, die aber auch die möglichen Konsequenzen einer Stellungnahme treffen werden), oder gilt ein internationalistischer Diskurs, bei dem keinen Teilnehmer*innen ein „Vorrecht“ zukommt? Eine spannende Debatte, die leider ein zeitnahes Statement des gesamten Netzwerks verunmöglichte, aber für die Zukunft der WRI zentral ist!

Das Bündnis wächst: neue Mitglieder für die WRI. Auf dem Ratstreffen wurden die beiden antragsstellenden Organisationen „Gemeinsame Aktion der Kriegsdienstgegner:innen – Acción Colectiva de Objetores y Objektoras de Conciencia (Acooc)“ aus Kolumbien und die „Ukrainische Pazifistische Bewegung – УКРАЇНСЬКИЙ РУХ ПАЦИФІСТІВ (UPB/UPM/URP)“ von Ruslan Kotsaba in die WRI aufgenommen. Die UPB/UPM/URP ist damit – obwohl sie nur drei Mitglieder hat – mittlerweile Sektion des Ebco und der WRI geworden.

WRI100. 2021 jährt sich die Gründung der Internationalen zum hundertsten Mal. Das will gebührend gefeiert und strategisch für die Zukunft

genutzt werden. Daher werden die Feierlichkeiten bei einem so diversen und so breiten Bündnis wie der WRI umfangreicher und zahlreicher sein.

Es wird also drei verschiedene Typen von WRI100-Feiern geben: eine zentrale „Feierlichkeit in den Niederlanden (April/Mai 2021), denn dort wurde die WRI gegründet; eine internationale Strategiekonferenz unter Einbeziehung möglichst vieler Organisationen des Netzwerks in London (September 2021); sowie dezentrale Aktionen, Ausstellungen, Feiern, Konferenzen usw. durch die Mitgliedsorganisationen in ihren jeweiligen Kontexten (Januar bis Dezember 2021).

Die Feierlichkeiten in den Niederlanden sind für ein Wochenende geplant und werden recht umfangreich sein. Da die Zahl der Aktiven in den Niederlanden aber nicht so groß ist, wird dringend um aktive Mithilfe gebeten. Derzeit sind Kai-Uwe Dosch, Stephan Brües (und unter Abstrichen Tina Gewehr und ich) in die Planungen mit eingebunden. Einzelne Beiträge aus der DFG-VK wird es vermutlich schon geben, allerdings seid ihr alle aufgerufen, euch zu melden, wenn ihr Zeit und Lust für Beiträge, Organisationshilfe, Koordinationshilfe oder konkrete Hilfe am Event selbst habt. Meldet euch bei mir, ich leite die Angebote weiter: scheuing@dfg-vk.de

Des Weiteren wird es gemeinsame Materialien, Merchandise, Logos usw. der WRI für das kommende Jahr geben. Wir als Mitgliedsorganisationen sind aufgerufen, diese Materialien dann auch zu nutzen und darüber sowohl die WRI bekannter zu machen, als auch unsere internationale Vernetzung sichtbar zu machen. Das Büro der WRI wird eine virtuelle Ausstellung zusammenstellen – Beiträge hierzu sind auch gerne gesehen, allerdings sind die Zielrichtung und Fragestellung noch nicht klar.

Budget/Fundraising. Die WRI steht finanziell nicht gut da – aufgrund deutlich zurückgegangener Beiträge der Mitgliedsorganisationen und nur begrenzter externer Finanzierungsmög-

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

lichkeiten. Der diesjährige Haushalt ist weitestgehend ausgeglichen durch eine Sonderfinanzierung als Corona-Nothilfe für kleine Unternehmen in Großbritannien, allerdings schlagen manche Verlusthaushalte der letzten Jahre bei jetzt nachträglich ungewöhnlich stark gesunkenen Mitgliedsbeiträgen hart ein.

Daher hat sich nun ein Fundraising-Komitee gegründet, das einerseits nach weiteren Antragsmöglichkeiten sucht, um die Programmlinien der WRI zu finanzieren (und damit das Personal im Büro immerhin bei drei Menschen halten zu können). Andererseits wird sich das Komitee auch mit Fragen der Mittelakquise aus der WRI selbst heraus beschäftigen (Verkauf von Material, Merchandise, Spenden-Koppelungen usw.).

Ich bin in diesem Komitee, aber fleißige Mithilfe ist herzlich willkommen. Jede:r von euch kann und darf mitmachen! Wer also Ahnung von Akquise, Finanzen und Anträgen hat: Meldet euch bitte bei mir: scheuing@dfg-vk.de

Mittelfristig könnte die DFG-VK auch über einen erhöhten Beitrag zur WRI nachdenken, aber das hat der Bundesausschuss zu entscheiden. <<

Internationale Aktivitäten in Corona-Zeiten

Webinare, Online-Konferenzen, Video-Clips von WRI, IPB und Ebco

Von Guido Grünewald

In Zeiten von Versammlungsverboten und eines körperlichen Abstandsgebotes sind öffentliche Friedensaktionen nur sehr eingeschränkt möglich, wie wir alle erfahren müssen. Noch schwieriger gestaltet sich die internationale Friedensarbeit, die nur mehr mittels Fernkommunikation stattfinden kann. Dennoch hat es seit dem (je nach Land mehr oder minder rigorosen) Lockdown bemerkenswerte Aktivitäten gegeben, über die ich hier am Beispiel des International Peace Bureau (IPB) und des European Bureau for Conscientious Objection (Ebco) sowie des Internationalen Tags der Kriegsdienstverweigerung berichten möchte.

International Peace Bureau. Die Ebco-Generalversammlung im März musste ausfallen. Ein stattdessen anberaumtes Online-Vorstandstreffen verlief nur begrenzt erfolgreich; mehrere Teilnehmer – auch ich – hatten mit Bild- und/oder Tonproblemen zu kämpfen. Anders war es beim IPB. Für den 24. bis 26. April war in der New Yorker Riverside-Kirche eine Weltkonferenz mit 2000 Teilnehmer*innen geplant, die anlässlich der offiziellen Überprüfungskonferenz des nunmehr 50jährigen Nichtweiterverbreitungsvertrags die Alternativforderungen von Friedensorganisationen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsvertreter*innen zum Ausdruck bringen sollte.

Die staatliche Überprüfungskonferenz wurde abgesagt, die Weltkonferenz hatte am 25. April ihre Online-Premiere und versammelte unter dem Motto „Atomwaffen abschaffen, dem Klimawandel widerstehen und ihn umkehren, für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“ mehrere hundert Menschen aus zahlreichen Ländern. Bemerkenswert war die explizite Ver-

knüpfung von Abrüstung und sozialer wie wirtschaftlicher Gerechtigkeit, die auch in der Konferenzerklärung zum Ausdruck kommt: „Wir wissen, dass Frieden für sich alleine nicht ausreicht, aber ohne Frieden ist alles in Gefahr. Frieden und Gerechtigkeit können nur durch das Engagement der Menschen erreicht werden.“ Gleichzeitig heißt es ebenso optimistisch wie realistisch: „Wir sind noch nicht stark genug, eine Wende zugunsten von Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit herbeizuführen, aber weltweit entstehen Zentren des Wandels.“ Die Konferenzerklärung und die Aufzeichnung der Konferenz sind unter diesem Link erreichbar: <http://www.ipb.org/activities/announcement-april-24-26-world-conference-rally-march-petitions-presentations-new-york-eve-of-npt-review-conference/>

Eine Woche später diskutierten 370 Teilnehmer*innen aus 50 Ländern bei einer ebenfalls online stattfindenden Jugendversammlung der Weltkonferenz, wie eine wirkungsvolle Zusammenarbeit in Viruszeiten gestaltet werden kann und wie Bewegungen für atomare Abrüstung und Frieden, für Umweltschutz sowie für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen Menschen jeder Hautfarbe besser zusammenarbeiten können. Auch hier der Link zu Konferenzbericht und Videoaufzeichnung: <http://www.ipb.org/yesterdays-news/world-conference-youth-assembly-report/#more-4094>

Lesenswert sind die Gedanken von IPB-Präsident Philip Jennings, bis vor Kurzem Anführer eines großen weltweiten Gewerkschaftsbundes. Ausgehend von der steigenden Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes (die Doomsday Clock der Atomwissenschaftler steht erstmals bei 100 Sekunden vor Mitternacht, US-Präsident Trump räumt

konsequent alle Rüstungskontrollabkommen ab) reflektiert Jennings unter Bezug auf die berühmte Rede Martin Luther Kings „Beyond Vietnam: A time to Break the Silence“ am 4. April 1967 in der Riverside-Kirche über die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft und wie eine Welt nach Covid-19 umgestaltet werden sollte: <http://www.ipb.org/uncategorized/down-by-the-riverside-and-the-urgency-of-now/>

Mehr als 100 Online-Aktivitäten (Pressekonferenzen, Webinare) und einige weniger öffentliche Aktionen (z.B. Südkorea) fanden vom 10. April bis 9. Mai im Rahmen der zehnten „Global Days of Action on Military Spending“ (GDAMS) statt, die diesmal unter dem Motto „Healthcare Not Warfare“ standen. Die aktuelle Pandemie zeigt, wie unterfinanziert nicht nur das Gesundheitswesen, sondern auch andere grundlegende Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sind. Übrigens kann Jede und Jeder selbst aktiv werden: Es gibt eine Petition des IPB für eine Verringerung der Rüstungsausgaben zugunsten des öffentlichen Gesundheitswesens <http://www.ipb.org/news/petition-invest-in-healthcare-instead-of-militarization/>

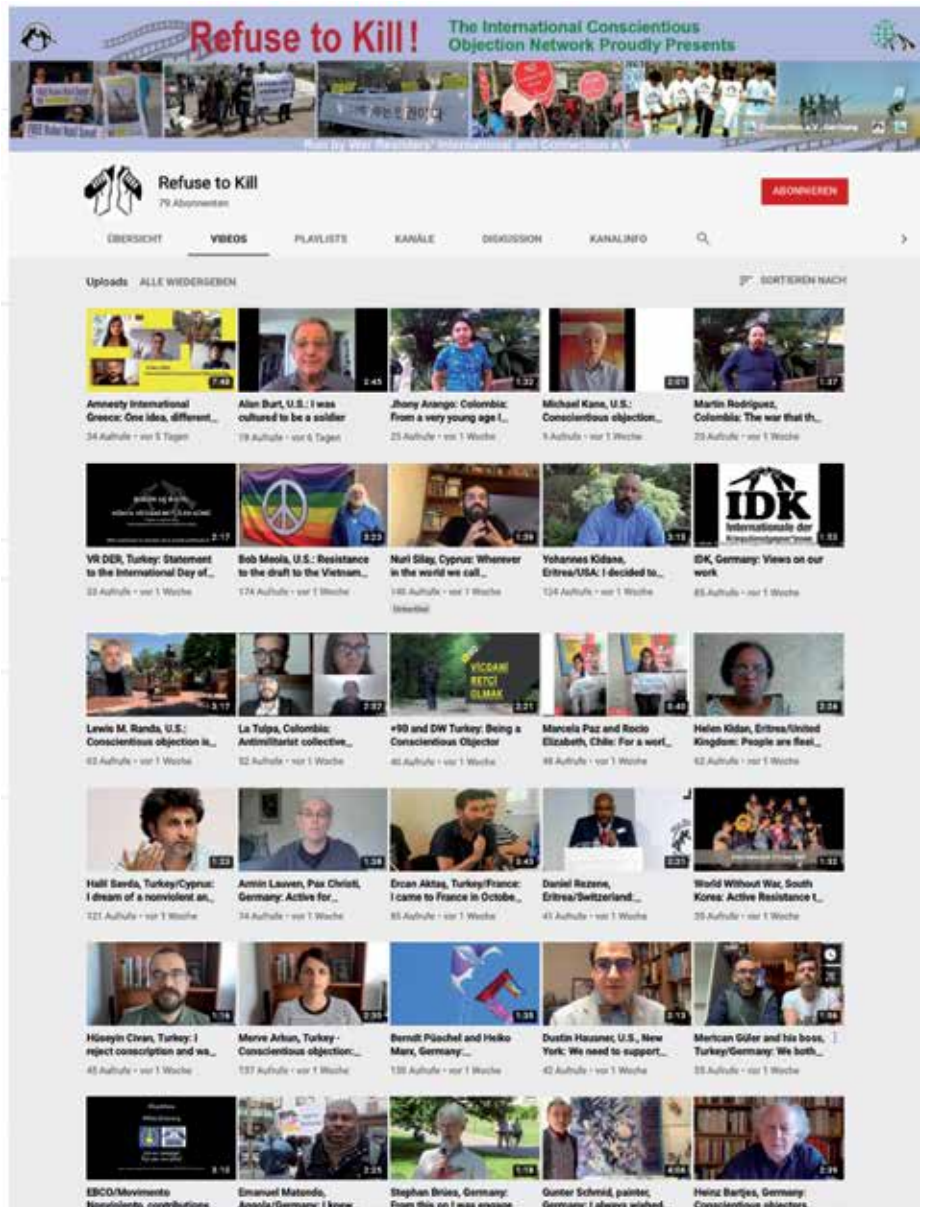
Laut den neuen Zahlen des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts Sipri sind die weltweiten Rüstungsausgaben 2019 gegenüber 2018 um 3,6 Prozent auf 1,82 Billionen US-Dollar gestiegen. Das sind fast 5 Milliarden Dollar pro Tag oder 239 Dollar pro Erdenbürger. Der Löwenanteil entfällt auf die USA, gefolgt von den 28 EU-Mitgliedsstaaten (unter Einschluss Großbritanniens), die 268 Milliarden Dollar für Rüstungsausgaben. Weitere 500 Millionen Euro werden im Rahmen des EU-Haushalts in den Jahren 2017 bis

2020 für Forschung und Entwicklung militärischer Spitzentechnologien aufgewendet. In den USA hat eine breite Koalition von Friedensgruppen, Kirchen und Interessengruppen zu einer deutlichen Reduzierung der US-Militärausgaben aufgerufen. Bemerkenswert ist auch ein Aktionsaufruf von Jen Maman, dem Berater für Friedensfragen bei Greenpeace International, der deutlich formuliert: „Sicherheit ist bisher immer mit militärischer Macht gleichgesetzt worden, was uns zu dem Glauben geführt hat, derart enorme Militärausgaben seien notwendig für unser Wohlergehen. Das ist eine gefährliche Lüge, die von der Rüstungsindustrie und von Regierungen verbreitet wird, um unverhältnismäßige Ausgaben und lukrative Profite zu rechtfertigen.“ (Informationen zur Kampagne unter <http://demilitarize.org/>).

Internationaler KDV-Tag. Seit 1985 fungiert der 15. Mai als internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung. Ebco hatte dazu aufgerufen, die Ablehnung des Militärs durch individuelle Fotos zu demonstrieren, die zu einem Video zusammengefügt wurden und unter dem Motto #StayAtHome #MilitaryDistancing u.a. auf die wachsende Rolle des Militärs in der Corona-Eindämmung in vielen Staaten hinweisen.

Während einzelne Ebco-Mitglied-organisationen nationale Online-Aktivitäten durchführten, wurde das Ebco-Video ebenso wie Videoclips von Mitgliedsorganisationen in eine Aktion der War Resisters' International (WRI) und von Connection e.V. eingebunden, die Individuen wie Gruppen dazu aufgerufen hatten, die Geschichte der eigenen Verweigerung und Solidaritätsbotschaften für aktuell verfolgte KDVer zu teilen.

Die sehenswerten Videobotschaften sind unter diesem link abrufbar: <https://www.youtube.com/channel/UC0WZGT6i5HO14oLAug2n0Nw/videos> – sie stammen u.a. von Menschen aus Angola, Chile, Eritrea, Kolumbien, Russland, Südkorea und den USA und aus diversen europäischen Staaten.



Unter den deutschen Beiträgen ist ein Video von Stephan Brues.

Zu den Online-Aktivitäten am 15. Mai zählten Webinare, Workshops und Talkshows in Großbritannien, Kolumbien, Südkorea, der Türkei, der Ukraine und in den USA, aber auch ein antimilitaristisches Online-Festival in Kolumbien und eine Online-Mahnwache in Schottland.

Öffentliche Außenaktivitäten führten nach meiner Kenntnis nur Aktive aus norddeutschen DFG-VK-Gruppen zusammen mit Netzwerkpartner*innen am Fliegerhorst Jagel und die DFG-VK-Gliederungen Frankfurt, Offenbach und Hessen durch, die an der Frankfurter Hauptwache gemeinsam

mit Connection e.V. und Pro Asyl mit 49 Kartons den Slogan „Kriegsdienstverweigerer und Deserteure brauchen Asyl!“ formten ([siehe http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/15mai/](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/15mai/))

Zum Schluss noch ein Hinweis auf eine sehr sehenswerte Soloperformance des englischen Schauspielers und Theaterautors Michael Mears, der unter dem Titel „This Evil Thing“ in sechs Szenen die Geschichte der englischen Verweigerer im Ersten Weltkrieg inszeniert: <https://michaelmears.org/>

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK.



„Krieg ist etwas, was nicht mehr sein darf.“

Vor 100 Jahren ermordet: Hans Paasche – Vom preußischen Offizier zum Pazifisten

Von Helmut Donat

Am 21. Mai 1920 wurde Hans Paasche auf seinem Gut „Waldfrieden“ in der Neumark von rechtsradikal gesinnten Reichswehrosoldaten ermordet. Nach seinem Tode ließen seine Gegner keine Gelegenheit aus, ihn als „Narr“ und „Geisteskranken“ zu verleumden. Denn Hans Paasche gehörte zu den wenigen Militärs, die bereits während des Ersten Weltkriegs dem Irrweg preußisch-deutschen Machtwahns ein Ende bereiten wollten. Dennoch oder gerade deshalb ist er von den Deutschen vergessen worden – zu Unrecht.

Mit 25 Jahren war Paasche – damals Erster Offizier auf dem Kreuzer „SMS [Seiner Majestät Schiff] Busard“ – bereits „Herr über Provinzen“ und „selbstständiger Feldherr“ in Deutsch-Ostafrika, wo er 1905 Aufstände der eingeborenen Bevölkerung niederwerfen musste. Dabei kamen ihm erste Zweifel an der deutschen Offiziersehre. Die Mentalität vieler Kameraden – „der Neger müsste Prügel haben“ – ekelte ihn an.

Er wurde Zeuge von Vergeltungsaktionen und der brutalen Kriegsführung des deutschen Kolonialismus, Gräueltaten, wie die sofortige Ermordung von Gefangenen, weil deutsche Truppen aus dem Hinterhalt beschossen worden waren; die Verurteilung von Eingeborenen zum Tod durch den Strang, obwohl sie vor dem Kriegsgericht ihre Unschuld beteuerten und die Richter die Sprache der Angeklagten – Kisuaheli – nur schlecht verstanden. Als Hans Paasche erlebte, wie Offiziere, die zu „ihren Orden“ und zu „ihrem Gefecht“ kommen wollten, „bevor die Geschichte zu Ende geht“, Zusammenstöße mit den Eingeborenen provozierten, wurde ihm klar: „Ich verachte alles Waffentragen. Ich war anders als die Scharfmacher.“

Mit der Jagd auf Menschen wollte Paasche fortan nichts zu tun haben. Stattdessen schlich er sich als Großwild- und Steppenjäger in Elefantenherden ein, spürte Nashörner, Löwen, Büffel, Krokodile und Flusspferde auf, um sie – mit damals unvollkommenen Hilfsmitteln und wie niemand vor ihm – aus nächster Nähe zu fotografieren. Seine Aufnahmen und Erlebnisse in Ostafrika veröffentlichte er 1907 in dem Buch „Im Morgenlicht“, das ihn mit einem Schlag bekannt machte.

Fortan folgte Paasche der Einsicht: „Krieg ist etwas, was nicht mehr sein darf.“ Und er zog persönliche Konsequenzen. Obwohl gerade erst, 1907, wegen seiner Tapferkeit und seines Mutes im afrikanischen Buschkrieg zum Kapitänleutnant befördert, reichte er 1908 seinen Abschied aus der kaiserlichen Marine ein.

Unerwünschte pazifistische Gesinnung. Hans Paasche, ein Sohn aus „gutem Hause“, der sich freimütig zu pazifistischen und sozialdemokratischen Auffassungen bekannte, fing an, gegen soziale Ungerechtigkeiten zu kämpfen und der vor allem in Deutschland weit verbreiteten Irrlehre, der Krieg sei der Vater aller Dinge, entgegenzutreten. Das sahen und hörten die Agitatoren des Wehr- und Flottenvereins nicht gern; schon gar nicht von einem Mann, der den Titel „Kapitänleutnant a.D.“ führte. Die ersten Verleumdungen gegen Hans Paasche, von der nationalistischen Presse bereitwillig aufgenommen, ließen nicht lange auf sich warten. Ein Jahr lang wurde er von den Ehrengerichteten verfolgt (1912/13). Sein „Vergehen“: In einer öffentlichen Versammlung hatte er der Forderung eines kriegshetzerischen Redners – „Deutschland brauche mal wieder einen frischen, fröhlichen Krieg“ – widersprochen.

Die Untersuchung blieb zwar ohne Folgen für Paasche, bestätigte ihm sogar seine Unschuld, doch war ihm klargeworden, dass seine pazifistische Gesinnung unerwünscht war. Und später berichtete er über seinen Versuch, im Deutschland der Vorkriegszeit pazifistische Grundsätze verbreiten zu helfen: „Was ich gegen den Krieg unternehmen wollte, scheiterte an dem wohl-organisierten Widerstand der Militaristen und an der Teilnahmslosigkeit der Massen.“

Deutschlands erster Grüner. In der von ihm mitbegründeten lebensreformerischen Zeitschrift „Der Vortrupp“ veröffentlichte Paasche 1912/13 die „Briefe des Afrikaners Lukanga Mukara“ – sein populärstes Werk: kulturkritische Berichte über eine fiktive Deutschlandreise, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Mit seinem „Lukanga Mukara“ transportierte Paasche eine politische Aussage. Er ließ einen gebildeten und naturverbundenen Afrikaner zu Wort kommen, um den Deutschen im Zeitalter des Kolonialismus vor Augen zu führen, dass sie kein Recht haben, sich als auserwählte Rasse zu betrachten und ihre Lebensformen nach Afrika oder anderswohin zu exportieren.

Es wäre nicht gar so falsch, wollte man Paasche „Deutschlands ersten Grünen“ nennen. Er schrieb gegen die „Federmode“ an, die ganze Vogelarten ausrottete, und forderte eine drastische Verminderung der Fangquoten für Robben. Gegen die zum Gesellschaftssport erhobenen Jagden in den Savannen und Steppen Afrikas wandte er sich ebenso wie gegen den Großstadtlärm, dem das Nervensystem der Kinder schutzlos ausgeliefert sei. Ebenso setzte er sich für Frauenstimmrecht, Bodenreform, Tier- und Landschaftsschutz ein.

Als Mitbegründer des „Abstinenten-Bundes deutscher Offiziere“ und Mitglied des „Guttempler-Ordens“ bekämpfte Paasche den weit verbreiteten Alkoholismus. Bereits während seiner Ausbildung zum Marineoffizier hatte er einmal, nach deftigen Trinksprüchen auf Kaiser Wilhelm II., seinem Vorgesetzten mit einem Glas Wasser zugeprostet. Sein Engagement gegen Wachstumsfetischismus und für „natürliche Lebensweise“ machten ihn zu einem Vorbild der „Jugendbewegten“ in der Wandervogelbewegung.

Im Ersten Weltkrieg ein schwieriger Untergebener. Als der Erste Weltkrieg begann, misstrauten ihm die Militärbehörden. Man übertrug ihm den Posten eines Wächters auf dem Leuchtturm „Roter Sand“ weit draußen vor der Wesermündung. Später erhielt er ein Kommando als Kompanie-Führer in der II. Torpedo-Division in Wilhelmshaven.

Seine Vorgesetzten sollten sich nicht getäuscht haben, der Pazifist blieb auch während des Krieges ein „schwieriger Untergebener“. Im Unterschied zu anderen Marinerichtern lehnte er das ihm übertragene Richteramt ab und weigerte sich, einen Matrosen, der sich gegen den Krieg ausgesprochen hatte, zu verurteilen. Paasche bekam Schwierigkeiten. Die Matrosen aber sollten die mutige Haltung „ihres Vorgesetzten“ nicht vergessen. Schließlich entließ man Paasche endgültig aus der kaiserlichen Marine, und er zog sich erneut auf sein Gut „Waldfrieden“ zurück.

Kampf gegen den Krieg – Anklage wegen Hochverrats. Von nun an tat er alles, um dem Krieg ein Ende zu machen. Er ging in den politischen Untergrund, entwarf Flugblätter zwecks Lahmlegung der Rüstungsindustrie, verbreitete kriegsgegnerische Aufrufe und von der Zensur verbotene Bücher und Schriften, die nachwiesen, dass die politische und militärische Führung des Kaiserreichs den Weltkrieg gewollt und entfesselt hat-

te. Dieses „landesverräterische Treiben“, von dem Paasche wusste, dass es die Todesstrafe bedeuten könnte, führte er in einer Offenheit durch, die einen seiner Charakterzüge hervortreten lässt: für eine einmal als richtig erkannte Sache bis zur letzten persönlichen Konsequenz zu gehen.

Im Oktober 1917 wurde Hans Paasche wegen Aufforderung zum Hochverrat verhaftet und angeklagt. Doch zum Prozess kam es nicht. Stattdessen erklärte man ihn für „geisteskrank“ und sperrte ihn in eine Nervenheilanstalt in Berlin, aus der ihn am 9. November 1918 revolutionäre Matrosen befreiten.

Paasche, in den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt, setzte sich sofort dafür ein, die Schuldigen am Weltkrieg, die mitverantwortlichen Parteiführer und Militärs verhaften zu lassen und vor Gericht zu stellen. Er hatte alles vorbereitet. Autos mit bewaffneten Matrosen standen bereit, doch die sozialdemokratische Führungsspitze lehnte ab und kollaborierte lieber mit den Militärs.

Die neue Republik schont preußischen Militarismus. Paasche bemerkte rasch, dass die Revolution – zum Schaden der politischen Entwicklung nach 1918 – nicht bereit war, den preußischen Militarismus auf die Anklagebank zu bringen. Seine wiederholten Forderungen an das deutsche Volk, sich von jedweder Politik der Gewalt abzuwenden, wurden nicht ernstgenommen. Nach dem plötzlichen Tod seiner Frau wollte er nur noch „seinen Acker bestellen und seine vier Kinder erziehen“. Doch seine Feinde ließen ihm keine Ruhe. Eine Denunziation, er halte auf seinem Gut ein Waffenlager für einen kommunistischen Aufstand versteckt, reichte als Vorwand für eine Hausdurchsuchung. Fünfzig bis sechzig Mann umstellten Paasches Gut. Man ließ ihm keine Chance und erschoss ihn „auf der Flucht“. Ein Haftbefehl war nicht ausgestellt worden, Waffen wurden nicht gefunden. Der Mord an Hans Paasche blieb ungesühnt.

Realistisch schätzte Hauptmann a.D. Willy Meyer in der „Berliner Volkszeitung“ die Folgen, welche die Vertuschung des Verbrechens für den Bestand der Demokratie haben musste ein: „Die Autokratie mag sich durch die bloße Gewalt erhalten können. Die Demokratie aber wird untergehen, wenn ihre Fundamente: Recht und Gerechtigkeit ins Wanken geraten. Die empörende Klassenjustiz, die jetzt viel schlimmer ist als in der kaiserlichen Zeit, höhlt die Grundlage des neuen Staates aus und beschleunigt den Zusammenbruch der Republik mit den nur geduldeten Republikanern.“

Helmut Donat ist Historiker und Verleger. <<

Literatur

Hans Paasche: „Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“.

Hans Paasche: „Ändert Euren Sinn!“ Schriften eines Revolutionärs. Hrsg. von Helmut Donat und Helga Paasche.

Werner Lange: Hans Paasches Forschungsreise ins innerste Deutschland. Eine Biographie.

Anlässlich der Wiederkehr des 100. Todestages von Hans Paasche ist eine niederdeutsche Ausgabe der „Briefe des Afrikaners Lukanga Mukara“ erschienen unter dem Titel „De Entdecker-Fohrt vun den Afrikaner Lukanga Mukara na den binnersten Part vun Düütschland“.

Alle Titel sind im Donat-Verlag, Bremen, erschienen.



Rita Steinger:
Gustav Landauer –
ein Kämpfer für Frei-
heit und Mensch-
lichkeit. München
2020; 208 Seiten; 18
Euro

Gustav Landauer dürfte vielen politisch und historisch interessierten Menschen durch die Münchner Räterepublik von 1919 bekannt sein. Er war gewaltfreier Anarchist, Räte-sozialist, Übersetzer, Schriftsteller und Philosoph. Im Berlin ist er Ende des 19. Jahrhunderts als Agitator, Vorkämpfer für Sozialismus und Anarchismus, durch Zeitschriften, Vortragsreisen und schriftstellerische Tätigkeit in Erscheinung getreten.

Er schuf ein enormes Werk an Literatur und vor allem politischer Philosophie, das Libertäre auf der ganzen Welt beeinflusste, denn für Landauer war die Revolution untrennbar verbunden mit einer Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen. Der werdende Mensch sollte sein revolutionäres Potenzial in Gemeinschaftsprojekten ohne Privateigentum entwickeln.

Am 7. April 2020 wäre sein 150. Geburtstag zu feiern gewesen. Aus diesem Anlass hat Rita Steinger diese neue Biografie vorgelegt.

Sie hat seine Tagebücher und die vielen Briefe ausgewertet, und so gelingt ihr ein sehr persönliches und plastisches Porträt. Nicht nur Landauers literarische und politische Arbeit wird deutlich, sondern das Buch erzählt auch von seinen Freundschaften, Liebschaften, Heiraten und Vaterschaften; von seiner immer schwierigen materiellen Lage, häufigen Ortswechseln, politischer Verfolgung und Inhaftierung.

Der Pazifist Landauer. Landauer ist grundsätzlich gegen den Krieg. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges wirbt er für einen Massenstreik zur Verhinderung des Krieges. Er bildet zusammen mit anderen Intellektuellen einen internationalen Kreis zur Einigung der Völker. 1915 wirkt er mit beim anti-annexionistischen „Bund Neues Vaterland“. Er wird Mitverfasser des Gründungsaufrufs für eine „Zentralstelle Völkerrecht“ in Frankfurt a. M., an der auch die Deutsche Friedensgesellschaft beteiligt ist. In einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson formuliert Landauer Vorschläge für eine neue Friedensordnung.

Landauer in der Räterepublik. Gustav Landauer wird als ein Vordenker der Revolution von 1918 bezeichnet. Kurt Eisner hatte ihn nach Mün-

chen gerufen, wo er Volksbeauftragter für Volksaufklärung, Unterricht, Wissenschaft und Künste in der kurzen Phase vom 7. bis 13. April 1919 wurde. Das Intermezzo der anarchistischen Intellektuellen in der chaotischen Lage nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die autoritär, katholisch und monarchistisch geprägte Bevölkerung hatte reale andere Probleme, Ideen von Sozialismus und Anarchismus hatten keine Massenbasis.

Landauer war auch gewaltfreier Pazifist – anders als manch andere im bürgerlichen Pazifismus vor dem Ersten Weltkrieg. „Ein Ziel lässt sich nur erreichen, wenn das Mittel schon in der Farbe dieses Zieles gefärbt ist. Nie kommt man durch Gewalt zur Gewaltlosigkeit.“ Auch in den wenigen Tagen der Räterepublik ist er gegen „blutige Gewalt“ eingetreten. Tragischerweise wurde er am 2. Mai 1919 von einer aufgeheizten Soldateska auf besonders brutale Art ermordet.

Landauer hat sich trotz vieler Schicksalsschläge mit aller Kraft für die Freiheit des Individuums und für ein humanes Miteinander eingesetzt. „In diesem unbeirrbar Engagement kann er uns noch heute ein Vorbild sein.“

Thomas Rödl

DFG-VK-Friedensbulli zu verkaufen

Wie ihr vielleicht schon mitbekommen habt, wollen wir ein neues Aktionsfahrzeug anschaffen, da unser aktueller Friedensbulli – ein VW T5 – ein Euro 4-Dieselfahrzeug ist und nicht mehr nach Stuttgart, wo sich die DFG-VK-Geschäftsstelle und unser Materiallager befinden, fahren darf. Wir suchen daher eine*n Käufer*in für dieses sehr schöne Fahrzeug. Es ist in gutem Zustand und hat uns immer treue Dienste erwiesen. Egal ob für den Transport von Personen – das Fahrzeug hat 9 Sitzplätze (1+2 | 2+1 | 3) – oder Materialien – die hinteren Sitzbänke können herausgenommen werden, wodurch sich eine sehr große Ladefläche er-

gibt – ist das Fahrzeug für zahlreiche Aufgaben gut geeignet. Winter- und Sommerreifen sind vorhanden. Ein Dachgepäckträger kann erworben werden (der gehört der DFG-VK NRW). Das Fahrzeug ist knapp 180.000 Kilometer gefahren und wurde dabei immer gut gewartet und gepflegt. Ein paar kleinere „Kratzer“ hat es bei seinen Einsätzen auf Demonstrationen oder bei den Friedensfahrradtouren aber davongetragen. Weitere Informationen über das Fahrzeug: Erstzulassung 12/2008, 96 kW (131 PS), Diesel, ABS, ESP, Klimaanlage, Front- und Seitenairbags, Anhängerkuppelung.



Der Wert des Autos wurde von dem Fahrzeughändler (der uns das Auto auch besorgt hat) auf 9500 Euro geschätzt. Der letztendliche Preis ist aber natürlich Verhandlungssache. Es wäre schön (aber es ist kein Muss), wenn die Friedensschaffen-ohne-Waffen-Folierung auf dem Fahrzeug erhalten bliebe, um weiter für unsere Ziele und den Verband zu werben.

Bei Interesse – Besichtigungen und Probefahrten kriegen wir sicher hin – meldet euch bitte in der DFG-VKBundesgeschäftsstelle: office@dfg-vk.de, 0711/65296246 (Montag bis Donnerstag 09:30 – 13:30 Uhr), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart.



Fragliche Genderargumente

Briefe der LeserInnen

Zum Beitrag „Killerroboter und Gender“ von Marius Pletsch in *ZivilCourage* Nr. 2/2020, Seite 19

Ich habe mich dann doch etwas gewundert über Beiträge der letzten *ZivilCourage* zu Genderaspekten.

Zur Klarstellung: Ich bin mir schon bewusst, dass es Probleme mit der Chancengleichheit auf verschiedenen Ebenen gibt. Aber die Aussage, „ein Problem sei die mangelnde Repräsentation von nicht-westlichen und nicht-männlichen Personen in der Entwicklung der Technologien“ (von Killerrobotern), habe ich dann doch etwas ungläubig gelesen.

Schon bemerkenswert, dass gleichberechtigter Zugang zu Topjobs in der Rüstungsentwicklung anscheinend wichtiger ist als die Verhinderung der Weiterentwicklung autonomer Waffensysteme. Ist die Bundeswehr Dank von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und zahlreicher Frauen an den Waffen jetzt pazifistischer geworden?

Verschiedene Sichtweisen auf dasselbe erkannte Problem sind hilfreich, das Reiten von Stereotypen wie „Männer bauen autonome Waffen“ und „Waffen ... symbolisieren maskuline Macht“ hingegen nicht. „Insbesondere Frauen und Menschen aus der LGBTQI-Community seien gefragt, das Thema (Killerroboter) anzusprechen“ ... müsste wohl heißen: auch statt insbesondere.

Weder Schwule und Lesben (...) noch Menschen, die an ein höheres Wesen glauben, stehen auf moralisch höherem Niveau als Heteros und Atheisten. Es ist eine Fehleinschätzung zu glauben, Rüstungsindustrie und Militärführung hätten noch Berührungspunkte mit „nicht-westlichen und nicht-männlichen Personen“.

Auf dem dargestellten Niveau erinnern Beiträge zur Genderthematik an die Absurdität der vor Jahren geführten Diskussion, ob Wurstesser wahre Pazifisten sein können.

Titus Sobisch



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Krisenzeit ist unsere Zeit. Wenn Corona nicht zu uns gekommen wäre, man hätte es einladen müssen! Von einem Tag auf den anderen: Schutzkleidungstransporte müssen auf Militärflugplätze umgeleitet werden, weil es auf Zivilflughäfen zu Plünderungen gekommen ist und Agenten fremder Staaten medizinisches Gerät noch auf dem Rollfeld aufkaufen und umleiten. Schutzkleidung wird auf Bundeswehr-LKWs transportiert, streng gesichert durch unsere Feldjäger. Alles wie im Krieg! Keine Uni-Klinik, kein Krankenhaus kann auf unser Sanitätspersonal verzichten; Reservisten melden sich zum Einsatz an der Coronafont. Und das Presseecho von den Leitmedien bis zur kleinsten Lokalzeitung: „Danke Bundeswehr, ohne euch hätten wir den Coronakrieg verloren.“ Und dann erst die rührenden Szenen: Hebamme schwer verunglückt, Hausgeburt steht auf der Kippe. Wer greift ein? Unsere Sanitäter mit Bundeswehr-Sanka und ab in die Klinik. Am Ende der Geschichte das Pressefoto mit unseren Sanitätern, Mutter und Kind – alle wohlauf. So muss es sein! Das sind die Bilder, die wir brauchen. Und ganz nebenbei (kleiner Trick) bestellt unsere Ministerin neue Atombomber. Merkt ja keiner, weil alle auf die Coronafont schauen – so muss es sein!

gez. *Alex von Lingua, Feldpostmeister*

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur

Sehr geehrte Frau Karrenbauer,
die Corona-Krise offenbart
katastrophale Zustände in der Pflege
und anderen sozialen Einrichtungen.
Die Rezession wird die Situation
noch zuspitzen. Was wäre nun eine
vernünftige Investitionspolitik?



Zunächst habe ich den Kauf von 93
Eurofighter-Jets und, ganz wichtig
für Deutschlands atomare Teilhabe,
45 F18-Kampfflugzeuge bei unseren
amerikanischen Freunden geordert.
Die Kosten belaufen sich lediglich auf
einige Milliarden Euro.

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in
einem Fensterschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung
der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher erntschlossen, keine Art
von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.